

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Ausnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die nebengehaltene Kolonizelle oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsanzeigen werden nach Erlebigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telefon-Nummern: Zeitung: Eggeblom 89. Vorstand 98.

Telegramm-Adresse: Allverband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum. Druck u. Verlag von Hausmann & Co., Bochum, Diemeluferstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Neuer Beschluß der drei Bergarbeiter-Verbände.

Am 14. Dezember fand in Bochum eine Konferenz der Verbandsvorstände des alten Verbandes, der polnischen Berufsvereinigungen und des Gewerksvereins der Bergarbeiter Girsch-Dunder statt. Es wurden die Antworten des Bechenverbandes und der stiftlichen Grubenverwaltung, Necklinghausen, auf die von den genannten Organisationen gestellten Forderungen beraten. Es besteht bei den Konferenzteilnehmern Einmütigkeit darüber, daß die Begründung des Bechenverbandes und der stiftlichen Bergwerksdirektion deren Standpunkt bezüglich ihrer abzulehnenden Haltung nicht rechtfertigen könne.

Es wird einstimmig beschlossen, in kürzester Frist Nebierkonferenzen stattfinden zu lassen, um mit den Vertrauensleuten der Bergarbeiter die weiteren einschlägigen Schritte zu beraten.

Die Vorstandskonferenz protestiert gegen die Anwürfe in der Presse, als ob die Verbände bei ihrer Lohnbewegung politische oder sonstige Nebenzwecke geseitigt haben. Die Lohnbewegung dient lediglich der Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter.

Die Konferenz bedauert, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter beginnt, die Lohnbewegung auf das politische Gebiet hinüber zu schieben.

Aus diesem gefassten Beschluß der Verbände geht hervor, daß mit der Ablehnung der Forderungen die Lohnbewegung nicht beendet ist! Die Geschichte geht also weiter. Selbstverständlich haben die Verbände nun andere Wege zu suchen, um die Forderungen der Bergarbeiter anzubringen. Die Antwort des Bechenverbandes zeigt uns einen solchen Weg selbst an! Das sind Verhandlungen über die Lohnfragen mit den Behörden selbst! In welcher Weise diese Verhandlungen vor sich gehen sollen, darüber werden die Konferenzen mitentscheiden, die die Verbände mit den Vertrauensleuten der Bergarbeiter abhalten werden, bis endgültig ja die Bergarbeiter selbst zu beschließen haben, wie sie sich zu der Ablehnung ihrer Forderungen stellen.

Es ist bedauerlich, daß die Verhandlungen zwischen den Bechen und Arbeitern nicht von Organisation zu Organisation gehen können. Die Werksherren wollen es nicht. Ob sich alles so glatt zwischen den Bechen und den Arbeitern in den einzelnen Verhandlungen abwickeln wird, bleibt abzuwarten. Noch fehlt uns hier die Erfahrung. Was wir aber jetzt schon voraussagen können, ist, daß es manchen Bechenverwaltungen sehr schwer fallen wird, mit gleichen und ähnlichen Argumenten die Forderungen abzulehnen, wie das durch den Bechenverband geschieht ist.

Sehr erfreulich ist die Stellungnahme der drei Verbände dem Verhalten des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter gegenüber. Die Führer der Verbände gehören politisch den verschiedensten Parteirichtungen an. Ihr einmütiger Protest gegen den vom christlichen Gewerksverein erhobenen Vorwurf, daß es den einzelnen beteiligten Verbänden bei der jetzigen Lohnbewegung mehr auf politische oder sonstige Nebenzwecke ankomme, als auf eine wirkliche Vertretung der Bergarbeiterinteressen, ist die beste Antwort auf diese durch nichts gerechtfertigte Behauptung der Christlichen. Wenn es auf politische Zwecke ankommt bei dieser Lohnbewegung, das werden wir auch genügend darlegen können, wie das zum Teil auch schon geschehen ist. Im übrigen fangen die christlichen Bergarbeiter schon an, zu begreifen, wohin die Taktik ihrer Führung führt und daß diese Taktik allem anderen dient, aber nicht den Bergleuten.

Rund 1000 Uebertritte aus dem christlichen Gewerksverein in den Bergarbeiterverband!!!

Das ist die Bilanz der letzten Monate, die die christlichen Führer ziehen können. So rächt sich am besten ihr Verbrechen, das sie an den Bergarbeitern in dieser Zeit begangen haben.

Tausend Uebertritte in wenigen Monaten! Hat der Verband da nötig, den Gewerksverein kaputt zu streifen? O nein, mit seiner Taktik richtet sich der Gewerksverein selbst zu Grunde!

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter im Dienste des Scharfmachertums.

Ein Zubastreich des christlichen Gewerksvereins folgt dem andern. Den Kompromissen mit den Bergherren gegen die Bergarbeiter bei den wahlmännischen Wahlen im Ruhrbecken folgte die Verleumdung des Streikbruchs als christliche Notwendigkeit bei eventuell ausbrechenden Arbeiterstreiks. Jetzt erleben wir, wie der Gewerksverein anfängt, Materialien für Ausnahme- und Zuchthausgesetze gegen die um ihr Leben kämpfenden Arbeiter zu sammeln.

Schon lange lechzt das Scharfmachertum nach Ausnahmegesetzen gegen die deutsche Arbeiterschaft sowie nach Verschärfung bestehender Strafbestimmungen, wie sie bei Lohnkämpfen der Arbeiter zur Anwendung gelangen. Ueberhaupt sollen Vergehen, die sich gegen die Staatsautorität und die Scharfmacherehre richten, schwerer als bisher bestraft werden! Am liebsten sah man die feineracht abgelehnte Zuchthausvorlage gegen die Gewerkschaften entziehen; gegen die politische Vertretung eines großen

Teiles der deutschen Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, möchte man das schändliche Sozialistengesetz von ehedem wieder ins Leben rufen. Gelingt das nicht, so sollen wenigstens die Strafbestimmungen gegen die ihr Brot und Recht kämpfenden Arbeiter verschärft werden! Wohin die Reise gehen soll, das hat der alte Scharfmacherhauptidee, der langjährige Sekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herr Vued, auf der letzten kürzlich stattgefundenen Delegiertenversammlung des Zentralverbandes erörtert.

Vued legte wegen seines hohen Alters hier sein Amt nieder. Aber ehe er sich ins Privatleben zurückziehen wollte, legte er eine Art Vermächtnis an die Scharfmacher ab. Er hielt eine Rede voller Haß gegen die Arbeiterbewegung. Einen Rückblick auf das Wachstum der Arbeiterbewegung werfend, auf ihre Erfolge und Kämpfe für die Arbeiterforderungen, zog der am Grabesrand stehende Mann folgende Schlussfolgerungen aus den letzten großen Lohnbewegungen im Bau- und Schiffgewerbe, im Bremer Straßenbahngewerbe:

„Welches sind nun die Lehren, die daraus zu ziehen sind? Einmal die, daß die bis ins Kleinste und durcheinander geregelte Organisation der Arbeiter sich zu einer furchtbaren Macht entwickelt hat. Mit Ausperrung zu drohen ist nicht mehr zweckmäßig, da lassen die Leute darüber. Mit kleinen Ausperrungen werden sie dank ihrer mächtigen Organisationen fertig. Aber immerhin würde bei einer Ausperrung von 400 000 Metallarbeitern der Sieg auf unserer Seite gewesen sein. Es handelt sich da um zwei Millionen Männer, die täglich gefestigt werden müßten. Da würden die 50 Millionen der Gewerkschaften bald draufgegangen sein. Der Sieg wäre den Arbeitgebern sicher gewesen. Aber der großen Mehrzahl der Industriellen fehlt noch die Einsicht in die Lage und die Opferwilligkeit.“

Die gegenwärtige Lage stellt den deutschen Arbeitgeber vor die Alternative: zunächst unter Ueberwindung der aus kleinlichen Eitelkeiten herbeigeführten Spaltung der Industrie sich fest zusammenzuschließen, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen, und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu erschlagen, zu vernichten — das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht —, oder sich unter die Herrschaft der Gewerkschaften, der Heher und Auftrüher zu beugen und nach ihrer Weise zu tanzen. (Sehr richtig!) Ich habe seinerzeit den Beweis geführt, daß das Gesetz weder ein Ausnahmegesetz war, noch die Koalitionsfreiheit antastete, und es ist auch nicht einmal verächtlich worden, meinen Beweis zu entkräften. Dennoch wurde das Gesetz beim Reichstage unter dem Namen „Zuchthausvorlage“ in der schroffsten Weise erlassen. Wenn unsere Reichstäter behaupten, daß die Gesetze ausreichen, so behaupte ich, daß sie gar nicht Gelegenheit haben, die Verbände zu erkennen. Arbeitswillige können bald eingeschlagen werden und machen doch keine Anzeige, weil sie sich nicht der Macht ihrer Gewerkschaft aussetzen wollen. Dazu tritt die Verhegung in Wort und Schrift.

Wie diese Verhältnisse haben Ihr Direktorium veranlaßt, das Datum auf sich zu nehmen und in einer Eingabe zur Nobelle zur Strafprozeßordnung schwere Strafen gegen die Untaten der Sozialdemokratie zu fordern. Wenn es unmöglich ist, solche Gesetze durchzubringen, dann möge die Regierung alle Mittel anwenden, um zu sehen, ob nicht der Reichstag gefügig zu machen ist.“

So Vued. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat die Mahnungen und Drohungen sehr gut verstanden und er hat sich zu einer Tat aufgerafft, die wir hier nicht unerörtert lassen können. Der Zentralverband hat zu Ehren Vueds

eine Vuedspende

ins Leben gerufen. Mit den Geldern dieser Spende soll ein Stein für den Zentralverband, ein Zwingturm für die deutsche Arbeiterschaft errichtet werden. In dem Rundschreiben über die Zwecke der Vuedspende heißt es:

„Oft genug hat Herr Vued darüber Klage geführt, wie die Anapheit der Mittel lähmend gewirkt hat. Die Bedeutung, die der Mitarbeit des Zentralverbandes deutscher Industrieller in unserem Wirtschaftsleben gegenüber den sich immer komplizierter gestaltenden Verhältnissen in schnell steigendem Maße zukommen dürfte, muß es in der Tat für die an dieser Mitarbeit interessierten Kreise dringend erwünscht erscheinen, daß über eine Erhöhung der laufenden Beiträge hinaus große Beträge zu einem großen Fonds zusammenfließen, dessen Erträge gewissermaßen das Rückgrat für die der Wahrung und Weiterentwicklung der Stellung des Zentralverbandes unserem Wirtschaftsleben gewidmeten Arbeit zu bilden hätten.“

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenindustriat hat, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, zu dieser Vuedspende 250 000 Mk. gegeben, Krupp 50 000 Mk., die Gelsenkirchener Bergwerks-Actiengesellschaft 40 000 Mk., Gutehoffnungshütte 20 000 Mk., Maschinenfabrik Koppel, Chemnitz, 10 000 Mk., ebenbürtig Geh. Kommerzienrat Vogel, Chemnitz, der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Textilindustrieller und die Sächsische Maschinenfabrik in Chemnitz.

Rückständigster, brutaler Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften! Das ist der Wille Vueds und des Zentralverbandes. Diesem Zwecke dient der neugegründete Vuedfonds. Die Arbeiter sollen verflucht werden und da ist keine Summe zu hoch, um diesen Zweck zu erreichen.

Zehntausende und hunderttausende Mark geben auch die reichen Grubengesellschaften her, dieselben, die die Forderungen der Bergarbeiter ablehnen! Keinen Pfennig wollen die Herren den Bergarbeitern bewilligen, geht es aber gegen die Arbeiter. Dann ist ihnen keine Summe zu hoch! Das ist sehr bemerkenswert.

Daß nun der Zentralverband nicht allein steht mit seinen Verheerungen, die die Gewerkschaften mit Ausnahmegesetzen zu bekämpfen, beweisen die letzten Reichstagsverhandlungen anläßlich der Etatsberatung.

Die Reichsregierung unterstützt die Bestrebungen der Scharfmacher!

In einer Rede, die der Reichskanzler im Reichstag am 10. Dezember hielt, sprach er davon, daß die Reichsversicherungsordnung dazu dienen soll, den nur in der Phantasie der Scharfmacher und ihrer Gehilfen stehenden Mißbrauch unierer sozialpolitischer Einrichtungen zu verhindern. Das heißt mit klaren Worten: Der Ein-

fluß der Arbeiter auf unsere sozialpolitischen Einrichtungen soll gebrochen, ihre Mitverwaltung eingeschränkt werden! Der Reichskanzler ging dann auch auf die Vorgänge in Moabit ein, machte die Sozialdemokratie für die Polizeischlägen daselbst verantwortlich, ohne auch nur ein Duentschen Beweis hierfür zu erbringen! Der Kanzler verlangte

ein abgekürztes standrechtliches Verfahren

für Vergehen bei Streiks! Ebenso verlangte er

wirksame Strafbestimmungen zum Schutze des Selbstbestimmungsrechts, der persönlichen Freiheit und des persönlichen Friedens!

Und schließlich erklärte der Kanzler, ob es nicht zweckmäßig sei, zu prüfen, ob nicht bei Streikvergehen

eine Verschärfung der Strafen

am Platze ist!!! Wir sehen, die Absichten der Regierung decken sich mit den Bestrebungen der Scharfmacher.

Studenten dürfen sich die schlimmsten Vergehen auszulden kommen lassen, dürfen skandalisieren, prügeln, Hausfriedensbruch begehen, Eisenbahntransporte gefährden usw. Sie dürfen auf die gelindesten Strafen hoffen und wenn schließlich auch Gefängnisstrafen ausgesprochen worden sind, werden sie gar begnadigt. Quellmörder, die kalten Blutes Menschen wie einen Hund niederstießen, erhalten einige Monate Gefängnis. Begnadigungen erfolgen haufenweise. Wehe aber, wenn ein Arbeiter wagt, einen Streikbrecher scharf anzusehen, ihn gar anzureden und zu zügel! Ins Gefängnis mit ihm, womöglich ins Zuchthaus! Vor allen Dingen wegen belangloser Vergehen schwere Strafen! So soll unser Recht ausgebaut werden. Wer uns bei solchem „Recht“ von Gerechtigkeit reden wollte, dem würden wir die Antwort ins Gesicht speien!

Daß zu dem verschärften Vorgehen der Regierung und Scharfmacher gar keine Veranlassung vorliegt, das zeigt

die amtliche politische Kriminalstatistik.

So wurden in den sechs Jahren 1904—1909 für unten folgende Straftaten Verurteilungen ausgesprochen:

Verurteilung wegen	1904	1905	1906	1907	1908	1909	zus.
Verurteilung wegen Koalitionsfreiheit	805	785	1008	785	484	386	3881
Öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam	4	10	10	200	38	10	281
Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen	1	1	3	3	0	0	8
Majestätsbeleidigung	230	180	179	102	33	12	725
Ausruhr	38	54	83	55	51	23	309
Landfriedensbruch	83	103	119	160	182	125	862
Aufreißung versch. Bewölk.-Klassen untereinander	7	10	25	32	23	10	107

Diese Zahlen sprechen für sich. Dabei wächst die deutsche Bevölkerungsziffer! Will man aber die Vorgänge in Moabit und ähnliche Vorkommnisse zum Anhaltspunkt der scharfmacherischen Pläne heranziehen, nun, so steht fest, daß ein wirksames Gesetz, das Schutz vor Schutzeleuten bietet, besser als Ausnahmegesetze gegen Arbeiter am Platze ist. Bewußt haben sich auch Arbeiter in Moabit strafbar gemacht, aber was sind, summarisch genommen, diese Vergehen gegenüber dem wilden, oft regellosen Dreinhauen der Schutzeleute in Moabit und wo anders! Wir haben die feste Ueberzeugung, daß die Strafwälle in Moabit nicht jenen Umfang und die Dauer angenommen hätten, wenn die Polizei in ihrem Vorgehen sich größere Mäßigung aufgelegt hätte, als es geschehen ist. Wahnsinn aber ist es, die Sozialdemokratie für diese Strafwälle verantwortlich machen zu wollen. Dafür fehlt jede Grundlage. Aber man macht sich die Sache so leicht, wie die Scharfmacher und ihre Liebhaber und saugt sich Beweise auch aus den Fingern heraus.

Wir haben obige Darlegungen vorausgeschickt, um die Gefahren zu beleuchten, die den Arbeitern und ihren Organisationen drohen. Und nicht nur den freien Gewerkschaften oder der sozialdemokratischen Partei. Nein.

Die scharfmacherischen Pläne richten sich gegen alle Arbeiter.

die es wagen, sich ihrer Arbeiterrechte zu erinnern. Darum schadet es auch den christlichen Arbeitern, wenn sich christliche Organe dazu hergeben, die Pläne der Scharfmacher zu führen, gar noch Material herbeizuschaffen!!!

Die Scharfmacher machen keinen Unterschied bei den Arbeitern. Ob sozialistisch oder „christlich“ gejonnen, ist den Herrschaften ganz gleich. Der vom Unternehmertum fordert, wird bekämpft!

Erleben wir in diesen Tagen doch, wie die Grubenherrn im Ruhrbecken die Lohnangelegenheit des christlichen Gewerksvereins genau so behandeln als die Eingabe der übrigen Bergarbeiterverbände!

Und das trotz des de- und wehmütigen Gewinns, das der Gewerksverein in einer Eingabe ansetzt. Und ist es auch nicht angebracht, auch hier wieder einmal an die Rede des Generaldirektors C. Kirbörj in Mannheim auf der Tagung des „Vereins für Sozialpolitik“ im Jahre 1905 zu erinnern? Kirbörj führte aus:

„Meine Herren! Soweit diese Arbeiterorganisationen deutlich erkennbar unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, ist doch die Hauptrichtung, die sie leitet, politisches Bestreben, und wenn es vielfach der Fall ist und wie auch der Glaube oben vertreten ist, der christlich-sozialer Teil dieser Arbeiterorganisationen weniger gefährlich erscheint, so muß ich das nach meiner innersten Ueberzeugung und Erfahrung bestreiten. Dann ist mir doch die sozialdemokratische Organisation, meine Herren, noch lieber. (Bewegung. — Lebhaftes: Hört, hört!) Die kämpft offen, wohin sie zielt, auf den Umsturz. Die christliche Organisation, meine Herren, kämpft unter falscher Flagge, unter dem Mantelchen christlicher Liebe und Eintracht und steuert schimmernden Zielen zu. Sie weiß ganz genau, daß, wenn die sozialdemokratische Seite ihr Ende erreicht hat, den Umsturz und die sozialistische Gesellschaft, diese

nicht von langer Dauer ist, und dann rechnet sie darauf, daß sie die Herrschaft bekommt und dann wird nicht allein die Industrie von ihr getrieben, sondern auch die ganze Weltfreiheit!

Was falsch ist an diesen Behauptungen Nordbergs, darüber haben wir uns oft genug schon ausgesprochen. Es erübrigt sich hier also ein überflüssiges Eingehen. Wir haben nur zeigen wollen, wie man in scharfmacherischen Kreisen über die christlich-nationale Arbeiterbewegung denkt. Diese wird gleichfalls bekämpft. Nur dann ruhen die Waffen, wenn die christlich-nationale Arbeiterbewegung sich so verhält, wie sich der Bergarbeiter christlicher Bergarbeiter in den letzten Monaten verhalten hat. Die Kompromisse zwischen Bergarbeitern und Gewerkschaften werden gebildet und aufgegeben. Fröhlich sieht das Schafmädchertum dem Verleumdungskampf der „Christlichen“ gegen die freien Gewerkschaften zu. Das von den Christlichen gesammelte Material wird gierig gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung benutzt. Aber nur nicht fordern! Tun das die „Christlichen“, werden sie mit den Sozialdemokraten in einen Topf geworfen und gar noch als gefährlicher hingestellt.

Zuletzt können die Scharfmacher wieder einmal mit den „Christlichen“, vor allen Dingen mit dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, zu Frieden sein. Seit Monaten wird von ihm der Kampf gegen den Verband und gegen die Sozialdemokratie in verstärkter Form geführt. Was sich als Material aus diesem Kampfe heraus verwenden läßt, wird nicht unbenuzt liegen gelassen. Gefundenes Fressen für die Scharfmacher, die das Material für ihre Pläne ausschöpfen.

Mit wollen davon absehen, heute auf die Angriffe gegen die Tätigkeit der freien Gewerkschaften in den sozialpolitischen Einrichtungen eingegangen. Seit Jahren legt man nach der geringsten Kleinigkeit aus, denn es sich nur als Angriffswaffe gegen die verhassten „Noten“ gebrauchen läßt.

Seit Monaten ist der christliche Gewerksverein auch daran, dem Bergarbeiterverband vorzuziehen, daher die persönliche Freiheit der Bergarbeiter nicht acht und schüßel! Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sei — nur diese persönliche Freiheit des Einzelnen zu schützen — gerade zu einer Notwendigkeit geworden! Die Verbandsbestrebungen führen zu Tumulten, zu Ausschreitungen, zu Revolutionen, die dann blutig unterdrückt werden müßten!

Wir haben hier genau den Gedankengang, wie wir ihn in Scharfmacherkreisen beobachten. Ob wir die „Post“ oder den „Bergknappen“ lesen, ist gleich. Sie spinnen beide denselben Faden. Der Gewerksverein forderte die Bergarbeiter auf, auf Lukas Streikbruch zu sitzen, er forderte weiter die noch auf anderen Beinen arbeitenden Bergarbeiter auf, auf Lukas Arbeit aufzunehmen unter der gewerkschaftlichen Versicherung, daß die Streikbrecher genügend gegen Hebergriffe geschützt würden!!! Im „Bergknappen“ (Nr. 49 vom 3. Dezember) wird erklärt, daß die Beiden und der Gewerksverein nicht unähnlich sein dürfen!!! Ist das der Fall, dann werden die „Gegner des Bergbaues“ härter. Also müssen Beiden und Gewerksverein zusammenhalten gegen die „Gegner des Bergbaues“, worunter der „Bergknappe“ selbstverständlich auch den Bergarbeiterverband meint!

Diese Haltung des Gewerksvereins entspricht dem Fühlen und Denken der derzeitigen Reichsregierung und Scharfmacher, sie ist der politischen Situation genau angepaßt.

Aber der christliche Gewerksverein bleibt bei diesem Liebesgären um die Günst der Scharfmacher nicht stehen. Er sorgt auch für Material, um gewisse Ausnahmefälle oder die verschärfsten Strafbestimmungen mit den nötigen „Begünstigungen“ zu schließen! Und da man im Gewerksverein bekanntlich mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße steht, wird eben das

Material für Justizvorlagen christlicherseits zusammengelesen!!!

Schon beim Streik auf Zechen Lukas mußte der „Bergknappe“ zu erzählen, daß christliche Arbeitswillige bedroht worden seien. Nähere Begleitumstände, die zur Untersuchung des Sachverhalts hätten dienen können, wurden nicht angegeben. Warum nicht, braucht nicht erraten zu werden. Aber der „Bergknappe“ wurde noch dreifach. Bekanntlich hat der Gewerksverein Streikbruch auch in Oberhähern (Gaus-ham) gepredigt, obwohl die Bergarbeiter hier die Kündigung einreichten, also Kontraktbruch oder Disziplinbruch nicht vorlag. Erst durch Manipulation der befreiten Zechen gezwungen, haben die Arbeiter einige Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt. Am Montag, den 12. Dezember, wurde die Arbeit niedergelegt, an diesem Tage wurde die Nr. 51 des „Bergknappen“ fertiggestellt. In dieser Nummer finden wir in hervorgehobenem Druck folgenden Bericht aus Gaus-ham:

„In Gaus-ham ist die Sache sehr kritisch. Einige unserer Mitglieder wurden schon verhaften, Schimpfwörter wie schwarze Lumpen, Hunde usw. sind an der Tagesordnung. Wir bekommen in ganz Gaus-ham kein Lokal mehr, weil sich die Wirte vor dem Terrorismus der Noten fürchten.“

Beachtenswert ist, daß 4 von den radikalsten Genossen die Kündigung wieder zurückgezogen haben. Es sind in Gaus-ham bei 1400 Arbeitern jetzt schon über 400 sozialdemokratische Arbeitswillige.“

Wer so etwas liebt, sollte meinen, in Gaus-ham häuften die streikenden Bergarbeiter wie die wilden Bestien. Was ist wahreres daran?

Als uns der „Bergknappe“ in die Hände gelangte, haben wir uns sofort an unser Vorstandsmittglied Gusemann, der im Streikgebiet weilt, gewandt, um Auskunft, ob an der Räubergeschichte auch nur ein wahres Wort sei. Darauf erhielten wir durch Depesche vom 15. Dezember folgende Antwort:

„Sämtliche Behauptungen sind unwahr! Wir konnten die Lügen in einer Frauenversammlung schon besprechen. Die Ordnung ist in keiner Weise gestört! Kein Christlicher ist bekämpft oder geschlagen worden!! Ein Teil der Christlichen streikt mit!!!, andere arbeiten. Die Leitung des Gewerksvereins (im Streikgebiet) gondelt hin und her. Bei rund 1000 Mitgliedern haben wir zehn Mitglieder als Streikbrecher. Nach genauer Feststellung haben wir im ganzen 190 Streikbrecher, einschließlich Christliche, Invaliden und Frauen. Die Bevölkerung zollt der musterhaften Haltung der Streikenden volle Anerkennung!!!“

So, man vergleiche man den Inhalt der Depesche mit dem Bericht im „Bergknappen“. Ganz diese christliche Infamie noch gesteigert werden!

So, man könnte sagen, wir seien Partei, hätten also kein unparteiisches Urteil. Die Zeitungen in Bayern, die den Streikenden nicht gütlich schmeicheln, werden aber auch nichts über Ausschreitungen, weil es nicht zu wissen gibt. Dahingegen steht es nicht an Ausschreitungen der Kasse der Streikenden.

Die „Bergknappen“ übermütig“ berichtet in ihrer Nummer vom 15. Dezember in zwei längeren Notizen über den Streik. In einer

der Notizen wird auch die Haltung der Bergarbeiter besprochen und gesagt:

„Der Ort ist ruhig und es sind keine Ausschreitungen zu verzeichnen!“

Und die „Münchener Neueste Nachrichten“, ein führendes bürgerliches Parteiorgan, berichten unterm 18. Dezember wie folgt:

„Im ganzen Orte steht man feiernde Männer und Frauen, die entweder spazieren gehen oder sich in Gruppen vereinigen, um die gegenwärtige Lage zu besprechen. Am stärksten ist dies heute (Montag) nachmittags 2 Uhr zum Ausdruck gekommen; es war die Zeit, um die an gewöhnlichen Tagen Schichtwechsel stattfände. Von einem solchen konnte allerdings heute keine Rede sein, da die Morgenschicht schon alle Arbeitswilligen umfaßte. So hatte man sich zu Hunderten an der Bahnunterführung eingefunden, die den Zugang zum Bergwerk bildet. Man wollte die Arbeitswilligen kennen lernen. Ein Gendarmereiboppelposten mit aufgeplangtem Seitengewehr sperrte den Zugang. Auf der anderen Seite hatten etwa 20 Gendarmen unter einem Wachmeister Posten bezogen und warteten auf die Arbeitswilligen. In Trupps kamen diese vom Bergwerk herunter. Die Leute vom Nachbarort Abwinth wurden unter einem starken Schutzmannaufgebot zuerst durchgelassen. Schutzleute an der Spitze, an den Seiten und am Schluß.“

Mit eifriger Ruhe wurde der Trupp empfangen, kein beleidigendes Wort ist dabei gefallen. Die Masse hielt strenge Disziplin.

Der gleiche Vorgang wiederholte sich dann bei jedem Trupp. Den Beobachtern hat man sogar das Recht auf den nahegelegenen Bahnhof gegeben.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Die Christlichen haben für heute abend eine Versammlung einberufen, in der sie endgültig über die Stellungnahme zum Streik Beschluß fassen werden. Zu Ausschreitungen ist es heute in keiner Weise gekommen. Man will den Lohnkampf vollkommener ruhig führen.“

Festgestellt wird dann, daß 180 Arbeitswillige in Gaus-ham vorhanden sind!

Was die bürgerlichen Organe schreiben, stimmt mit der Mitteilung unseres Kameraden Gusemann überein, während sich herausstellt, daß der Schreiber der Notiz im „Bergknappen“ Wort für Wort die Unwahrheit sagt, sich alles aus seinen schmutzigen Fingern herausgefogt hat. Wir müssen den schweren Kreuzweg Jesus von Nazareth doppelt tief empfinden, um der Gewerksvereinsführung willen, deren Mitglieder sich Christen nennen — — —

Und die ganze Verlogenheit der Christen nur darum, um den Scharfmachern zu dienen im Kampfe gegen Arbeiterrechte!

Haben die Christlichen ein Recht, sich als Schützer der persönlichen Freiheit bei Streiks auszuspielen? Sind bei Streiks unter Führung der christlichen Gewerkschaften keine Ausschreitungen vorgekommen?

Diese beiden Fragen erklären sich nach alledem, was wir oben ausgeführt haben, von selbst. Wenn die „Christlichen“ anderen Leuten Moral predigen und Vorhaltungen machen wollen, dann müssen sie selbst rein und unbescholten dastehen. Sonst ähneln ihre Moral der Diebesmoral! Wir wollen die Fragen an Hand von Akten und Tatsachen beantworten.

Der Streik auf der Burbacher Hütte.

Im Jahre 1906 brach auf der Burbacher Hütte (Saarabien) ein Streik aus, der vom christlichen Metallarbeiterverband beschlossen und geleitet wurde. Auch der Führer des „Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter“ nahmen an der Führung des Streiks teil.

Herr Wernerus, Beamter des christlichen Metallarbeiterverbandes, führte in der beschließenden Versammlung aus:

„Stolzen! Wir stehen nun dieser vollendeten Tatsache, von der auch ich überrascht wurde, gegenüber. Heute bleib und nur die Wahl, entweder feige in das alte Loch hineinzufrieden, oder im Kampfe um unser gutes Recht auszuharren bis zum letzten Augenblick, möge es biegen oder brechen!“

Und Herr Häfkes, der bekanntlich mit 35 Millionen Mark Streik-kapital die deutsche Industrie auf 20 Jahre hinaus ruinieren will, sekundierte Herrn Wernerus. Er billigte die Handlungsweise der Hüttenarbeiter, also den vorgenommenen Kontrakt- und Disziplinbruch! — — — was feizuhalten heute wegen der Haltung des christlichen Gewerksvereins bei dem Streik auf Lukas nötig ist! — — — und rief aus:

„Nieder auf einmal aufgetreten, als langsam zu Tode geküßelt!“

Die Hüttenarbeiter waren inzwischen hingegangen und warfen dem Hüttendirektor Baumann die Fenster ein!

Und das Zentrumsorgan „Die Saarpfost“ entsetzliche dieses Vorgehen der Hüttenarbeiter wie folgt:

„Lag denn die Verhöhnung nicht in der grundlosen Entlassung von 60 braven Arbeitern? Und hat etwa Herr Arbeitersekretär Wernerus diese 60 Leute auf die Straße geschickt? Nein, wenn diese Leute, die da geflündert wurden, von den Gemäßigten her-rührten, so waren sie ihnen von der Hütte in die Hand gedrückt! Es waren die Steine, die man ihnen statt des Brotes gestoben hat!“

Die Hütte suchte die öffentliche Meinung für sich zu erringen und wies auf ihre Wohlfahrtseinrichtungen hin. Darauf antwortete die „Saarpfost“:

„Hat man denn kein Gefühl dafür, wie unglücklich und elend es macht, wenn man dem Arbeiter zumutet, als Entgelt für Wohlthaten sehr fraglicher Art, die man als Zuckerbrot neben der Peitsche reicht, auf gefühllos verbürgte Rechte zu verzichten, von denen die Arbeitgeber selbst den ausgiebigsten Gebrauch machen! Wenn der Arbeiter dasselbe tut oder tun will, so nennt man das pöblichen Bruch mit der Hüttenleitung!“

Als gewisse Organe bezweifelten, daß der christliche Metallarbeiterverband Geld genug zum Streiken habe, führte man aus, daß nicht nur der Metallarbeiterverband 210 000 Mk. besitze, auch der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter habe noch 750 000 Mark, mit denen er einspringen könnte, um eventuell

die ganze Burbacher Hütte in Grund und Boden zu streiken!!!

Nach zehntägiger Streik gelang die Streikleitung der Hütte zu, mit dem Streik bereitwillig gehandelt zu haben und der Kampf wurde aufgehoben! Die Folgen waren sehr traurige. Im übrigen hatte man auch die Öffentlichkeit über die Kassenverhältnisse getäuscht!

Der Streik in Saaralben.

Gleichfalls im Jahre 1906 brach auf den Solvawerken in Saaralben in Lothringen ein Streik aus. Es handelte sich hier um einen Streik christlicher Bergarbeiter. Der Streik wurde denn auch vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter geführt und unterstützt. Fünf Wochen dauerte der Kampf, der leider mit einer Niederlage der Arbeiter endete. Ein großer Teil der Arbeiter des Werkes selbst war Streikbrecher geworden, außerdem wurden Streikbrecher aus der Umgebung in besonderen Zügen des Eisenbahnzuges herbeigeholt. Deswegen entstand auch eine große Erbitterung unter den Streikenden. Am Montag, den 3. September, nach vierwöchentlichem Streik,

verperrten die streikenden christlichen Gewerksvereiner den Arbeitswilligen den Weg zur Fabrik, auch Beamte wurden nicht durchgelassen. Mittags wurden die Offiziere angehalten, keiner durfte in die Fabrik. Als wegen Bedrohung ein christ-

licher Streikender verhaftet und in das Gemeindehaus eingesperrt wurde, zogen die Streikenden vor das Gemeindehaus und bombardierten es mit Steinen!!!

Der Streikdirektor erschien mit Gendarmen, war aber genötigt, den Verhafteten freizulassen. Sämtliche Wirtschaften wurden abends 8 Uhr geschlossen. Das gab wieder Anlaß zu einem Aufruhr. Abends sammelten sich 1000 Mann an der Kanalbrücke an. Es kam zu schweren Schlägereien, wobei die Gendarmen die Säbel zogen und einschoben. Der Bezirksleiter des christlichen Gewerksvereins, Wuchheit, hatte jeden Einfluß auf die aufgeregte Masse verloren.

In Nr. 37 des „Bergknappen“ vom Jahre 1906 wird über die Krawalle berichtet. Die preussische Regierung wurde wegen Stellung des Arbeitswilligen, was hart angegriffen und ihr Vorbiegelung falscher Tatsachen vorgeworfen, weil der Fiskus den fremden Streikbrechern nicht Kenntnis von dem Streik gegeben hatte. Dann heißt es im „Bergknappen“ weiter:

„Der Wochen hatten die Ausständigen ratlos zugehoben, wie ministerielle Sicherheit zum Nutzen des Unternehmers und zum Ungunern der streikenden Arbeiter ausgedeutet wurde, da machten sie den Versuch, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Direktion erklärte jedoch, sie kenne keine streikenden Arbeiter, alle diese seien entlassen. Wer bis dahin alles ziemlich ruhig verlaufen, so konnte jeder Kenner des lothringischen Volkscharacters voraussehen, was jetzt kommen würde. Die Leute, meist Eingeseffene der Gegend, hatten wochenlang ruhig zugehoben, wie Fremde Leute zu erhöhten Löhnen mit Hilfe des Eisenbahnzuges ihnen ihre Arbeitsstellen besetzten, ihnen, Frau und Kindern schließlich das Brot nehmen und sie von der heimathlichen Scholle verdrängen würden. Dazu noch die offene Ab-sage des Direktors, wieder eingestellt zu werden. Der Groß entließ sich gegen die Verwaltung und die Arbeitswilligen. Es kam zu Erschellen, die Arbeitswilligen wurden gewalttham zurückgehalten. Wir billigen diese Vorkommnisse durchaus nicht, können sie aber verstehen. Wir können auch verstehen, daß sich die Arbeiterfrauen um meiste an der Sache beteiligten, da sie für die heimathliche Scholle und das Brot für ihre Kinder eintreten, was ihnen durch den Verlust der Arbeit ihrer Männer in Aussicht gestellt war; und daß die Direktion in der Lage war, dieses so offen anzukündigen, verdankte sie in erster Linie der offenen Parteilichkeit der Eisenbahnverwaltung. Daß alles noch verhältnismäßig gut abgelaufen ist, dafür braucht sich bei dem Minister sicher niemand zu bedanken. Dieses werden wir allen denen stets entgegenhalten, welche diesen Arbeitern ihre ungeschickliche Vorgehen als ein Verbrechen vorhalten müßten. Aber auch diejenigen Arbeitswilligen trifft eine schwere Mitschuld, welche ihr Wort durch Namensunterschrift verbandeten, sie wollten mit ihren Arbeitsbrüthern für bessere Bedingungen kämpfen, jedoch am anderen Morgen ihr gefälschtes Ehrenwort gebrochen haben und zur Arbeit gingen. Hätten diese 150 Mann ihr gegebenes Versprechen gehalten, so wäre der Streik längst beendet gewesen. Hätten sie aber auch vorher nicht für den Streik gestimmt, so wäre derselbe nicht ausgebrochen. Von einer schweren Schuld sind auch sie deshalb nicht freizusprechen. Zum Glück bekundeten die Herren Streikdirektoren mehr soziales Verständnis, als es sonst in Lothringen durchweg zu finden ist, wofür ihnen auch an dieser Stelle die Anerkennung ausgesprochen werden soll.“

Daß der „Bergknappe“ heute sich nicht gern auch an diesen Fall erinnern wird, kann man ihm nachfühlen. Für ihn gab es damals sehr viel zu verstehen und zu entschuldigen! Und wie er der Regierung zu Leibe rücken konnte und erst den Streikbrechern! Hätten sie nicht Streikbruch begangen, wäre der Streik längst beendet gewesen! Heute predigt der „Bergknappe“ selbst Streikbruch, hat nicht das geringste Verständnis mehr dafür, daß auch Arbeitern einmal die Gelle überlaufen kann und daß sie schließlich, wenn auch nicht zu Krawallen, so doch zur Abwehr der Plagen und Mißstände, in einem Streik eintreten. Genug für den „Bergknappen“, um zum Streikbruch und fremde noch in Arbeit sitzende Leute unter Vorpiegelung falscher Tatsachen zu Streikbrecherdiensten aufzufordern!!!

Der Streik in Würselen.

Das Jahr 1906 war ein Unglücksjahr für die christlichen Gewerkschaften. Christliche Streikkravalle an allen Ecken und Enden. So auch in Würselen, wo es beim Abfangen von Streikbrechern zu erregten Ausschreitungen kam. Der „Mächener Volksfreund“, ein Zentrumsorgan, berichtete, daß die Bewegung von einem wirtschaftlichen Kampfe immer mehr zu einem erbitterten Klassen-kampfe ausartete. Wir lesen:

„Erst kam die schroffe Haltung von seiten der Firma gegenüber der Arbeitererschaft, indem man diese nicht einmal mehr einer Antwort würdigte, obwohl alle Schreiben an die Firma in einem ausgefüllten höflichen Ton gehalten waren. Dann kam das Gendarmenaufgebot, daß der ganzen Bewegung künstlich den Charakter einer halben Revolution aufdrückte, und das erst die Leute auf die Straße aus. Dann kam das übersehnbare Auftreten einiger dieser Herren Gendarmen. Einer sagte den Vorhänden des christlichen Verbandes, Schümmer (der noch kürzlich aus dem Bett heraus mit anderen verhaftet wurde), an die Brust, als er zu den angekommenen Gestalten (Arbeitswilligen) sprechen wollte! Andere ritten gewimelnd ins Volk, als dieses sich um die am Montag eintreffenden Italiener drängte... Die vergangene Nacht wurde dann der Revolver in diesem wirtschaftlichen Kampfe in Gebrauch gebracht, der Baumunternehmer Linden, der treue Verbündete Gönigmanns, hat fünfmal mit der Waffe geschossen.“

Aus diesen tumultuarischen Szenen ist später ein Landfriedens-lychprozeß entstanden, wo Schimmer wie eine Anzahl Männer und Frauen, zum Teil mit schweren Strafen belegt wurden. Damals aber hatte die Zentrumspreffe den Mut, das Gegenteil von dem zu schreiben, was sie heute zur Beurteilung der Roabiter Krawalle schreibt. Damals handelte es sich um einen Krawall christlich organisierten Arbeiter, in Moabit um eine Empörung einer gemischten Volksmasse über das Verhalten der Polizei. Man kommt heute her und schlächtet den Fall Moabit eifrig auch in der Zentrumspreffe aus, um gegen die Sozialdemokratie zu hehen. Und die christlichen Gewerkschaftsorgane sekundieren! Wie schnell man doch die Ansichten wechselt kann! Der „Bergknappe“ jagt sich sogar die Krawallgeschichten aus den Fingern heraus, erdichtet, wie um sie dem Bergarbeiterverband an die Rockhose zu hängen. Wie weit ist ein solches Organ, das solchen Schwindel in die Welt setzt, wie wir dies an dem Gaus-hamer Fall zeigten, und eine Organisation, die diese Verlogenheit duldet, von der völligen gewerkschaftlichen Ver-lumpung entfernt? Man ist da schon am Ziel angelangt!

Der Streik in Badisch-Rheinfelden.

Hier handelt es sich um einen Streik, der im Sommer ver-gangenen Jahres auf den Aluminium- und Natriumfabriken in Badisch-Rheinfelden ausgebrochen war. Dieser Streik wurde vom christlichen Metallarbeiterverband be-gleitet und geführt. Und wie geführt? Attentätsmäßig steht fest, wie mit sehr zweifelhaften Mitteln, wie durch Ver-bredungen, die nicht gehalten wurden, der Streik entfacht. Eine christliche Kraftprobe sollte ins Werk gesetzt werden. Im Laufe des Streiks verhielt sich Herr Engel so, daß ihm Auf-stehende das Unwürdige seiner Handlungsweise vorhalten mußten. Die badische Fabrikinspektion hat später Verhand-lungen mit Engel abgebrochen, weil es dem christlichen Mann an innerer Wahrhaftigkeit mangelte und es fehlte nicht viel und er hätte sich in dem Prozeß, der infolge des unten beschriebenen Krawalls entstand, schwere Strafen gar als Zeuge geholt. Der Staatsanwalt predigte aus dem christlichen Agitator erst mit der Drohung in die Welt zu hars die Wahrheit heraus! Kurz und gut, es gibt in Deutsch-

land seinen zweiten Arbeiterführer, dessen Unfähigkeit und Unwahrhaftigkeit so bloßgestellt wurde, wie bei Herrn Engel.

Der Kravall selbst entstand auch hier in erster Linie wegen Einschleppung fremder Streikbrecher und auch die Fabrikleitung ist nicht unschuldig an dem Geschehen. Die gewalttätige Entwörung war, beweist, daß auf die Skantone und den Konsumladen ein Steinbombardement eröffnet wurde. Keine Fenster Scheibe blieb ganz, die Kreuzstühle wurden mit schweren Steinen gleichfalls zertrümmert. Im ersten Stock des Konsumgebäudes wohnt ein Fabrikbeamter. Auch in dessen Wohnung wurde alles kurz und klein geschlagen. Es kam zu einer blutigen Schlägerei, wobei der freilebende Italiener Ceoli durch eine Kugel getötet und ein gewisser Ottinger, der am Streik unbeteiligt war, durch eine Kugel schwer verletzt wurde!

Einer Anzahl Männer, auch Frauen, wurde der Landfriedensbruchprozess gemacht. Es erhielten ein Angeklagter 14 Monate, ein anderer 13, wieder ein anderer 9 Monate Gefängnis. Vier Personen 5, acht Personen 4, und zwei Personen 3 Monate Gefängnis, die übrigen Angeklagten weniger. Herr Engel war nicht angeklagt, war nur als Zeuge geladen. Er ging frei an Gefängnisstrafe aus, aber er war der moralisch am meisten Belastete! Abgesehen davon, daß man ihn als einen ungläubwürdigen, lügenhaften Menschen auch vor Gericht bezeichnet hatte.

Aus Vorstehendem ergibt sich, wie der christliche Gewerksverein und sein Organ alle Veranlassung hat, die von ihm selbst vorgezeichnete oder die ihm von anderen vorgeschriebene Bahn nur sehr vorsichtig zu betreten. Wir haben wenig nicht gern an die christlichen Kravalle erinnert, da keiner aufrichtiger die Opfer solcher Exzesse mehr bedauern kann, wie wir und jede Erinnerung alte Wunden aufreißt. Aber wir müssen uns gegen den vereinigten Ansturm der Regierung, der Scharfmacher und des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter wehren! Das sind wir nicht unseren Anhängern allein, das sind wir auch den christlichen Arbeitern schuldig. Jede gesetzliche Maßnahme, die sich gegen die freien Gewerkschaften richtet, trifft auch die christlichen Arbeiter mit. Das einzusehen, ist der Führung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter nicht mehr gegeben. Herr Effert entschließt sich, wenn er mit dem Bergarbeiterverbande gemeinschaftlich Verarbeiterinteressen verfolgen soll! Ihn und seine Kollegen ehren nur noch die Schleppeverdienste, die sie durch ihr Verhalten dem übermächtigen Scharfmachertum leisten! Was die christlichen Verarbeiter davon haben, zeigt sich jeden Tag. Ihre Führer leben warm im Neste! Werden aber die christlichen Bergarbeiter von ihren Mitkameraden nach der schuldigen Kameradschaftlichkeit und der schuldigen Solidarität gefragt, dann ist es schwer, für einen Mann von Charakter, zu sagen: Wir sind den Verbändlern, den Bosen, den Girisch-Dummköpfen und den anderen Kameraden keine Kameradschaft, keine Solidarität schuldig, weil sonst sich die Effert, die Ambusche et tutti quanti — entehren können!!!

Aus dem oberbayerischen Streikrevier.

Die Dezemberjonne überflutete mit warmem Strahl die Gebirgslandschaft von Gausham und Schliersee, als am Sonntag den 11. Dezember die Belegschaftsmitglieder des Werkes Gausham der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau sich in den beiden zur Verfügung stehenden Sälen „Zum Wieber“ und „Gaushamer Hof“ einfanden, um Stellung zu dem neuen Einigungsvorschlag des Herrn Oberberggrats Spahn zu nehmen. Die Lokale waren schnell gefüllt und immer noch neue Reihen strömten von den in Frage kommenden Bergarbeiterorten Gausham, Schliersee, Wiesbach, Reibach und Wörnismühle herbei. Es blieb nichts anderes übrig, als die Versammlungen zusammen auf einem freien Platze abzuhalten. Schnell sammelten sich etwa 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen um das schnell hergerichtete Podium. Kamerad Straßer berichtete dann über die neuen Einigungsverhandlungen und brachte nachstehenden Einigungsvorschlag des Herrn Oberberggrats zur Verlesung:

„Infolge der zurzeit ungünstigen Geschäftslage wird von einer allgemeinen oder kategorienweisen Lohnerhöhung seitens der Belegschaft der Grube Gausham abgesehen und die eingereichte Kündigung zurückgezogen. Die Oberbayerische Aktiengesellschaft erklärt sich bereit, die Kündigung als nicht geschehen zu betrachten und bei Besserung der Geschäftslage an eine Prüfung der vorgebrachten Wünsche, soweit diese berechtigt sind, heranzutreten und nach Umständen Hilfe zu schaffen.“

Als Straßer fragte, ob die Belegschaft bereit sei, diesem Vorschlag zuzustimmen, ertönte ein vielhundertstimmiges: „Nein, niemals!“ ihm entgegen.

In der Diskussion führten nun mehrere Belegschaftsmitglieder aus, daß der Vorschlag nichts besage, daß er die Verlesung zu rein gar nichts verpflichte. Lange genug sei verhandelt worden, jetzt sei es genug, der Streik möge sofort beginnen, denn die Verlesung habe durch die Entziehung des Sprengstoffes die in Kündigung stehenden Bergleute gewissermaßen mit Verbrechern auf eine Stufe gestellt. Alles wurde versucht, um die Solidarität der Arbeiter zu durchbrechen. Die Sicherheit in der Grube sei durch die neuen Schichtmeister gefährdet. Jetzt müßten alle Belegschaftsmitglieder unerschütterlich zusammenhaften.

Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab, daß der Einigungsvorschlag einstimmig abgelehnt wurde.

Nunmehr nahm Kamerad Spahn das Wort und führte aus, daß man es verstehen könne, wenn die Belegschaft sich erbittert und empört sei. Alle Einigungsverhandlungen wären resultatlos verlaufen. Die Belegschaft habe auch den neuen Vorschlag abgelehnt, denn er biete keine Gewähr, daß die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt würden. Es sei nun der sofortige Streik geboten worden. Die Verhandlung habe dieser Forderung Weisfall gezollt, sie sei also damit einverstanden. Wenn der Streik nun beschlossen würde, dann müßten aber alle fest zusammenstehen und strenge Disziplin halten. Eigentlich müßte die Kündigungsfrist abgewartet werden, jedoch könne es Fälle geben, wo dies einfach aus verschiedenen Gründen unmöglich sei. Hier liese wohl ein solcher Fall vor. Jeder möge sich überlegen, für was er nunmehr stimme, denn es könne eine folgenschwere Entscheidung sein.

Wiederrum sprachen einige Belegschaftsmitglieder. Alle forderten, den sofortigen Beginn des Kampfes. Die Arbeiter schaffte sei gerüstet und brenne darauf, zu zeigen, daß die gewerkschaftliche Schöpfung nicht umsonst gewesen sei. Schließlich wurde unter dem jubelnden Beifall der Versammlung und der die Straßen besetzt haltenden Frauen, die nachstehende Resolution einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Die heute in Gausham tagende Belegschaftsversammlung der Oberbayerischen Aktiengesellschaft (Werk Gausham) bedauert, daß die Generaldirektion in der Lohnfrage in keiner Weise den Wünschen entgegenkommen ist und erklärt:

- 1. Die am 30. Oktober und 1. November gestellten Lohnforderungen entsprechen nur den berechtigten Wünschen der Bergarbeiterchaft.
2. Die Belegschaft hat dem Schiedsgericht zugestimmt und damit dokumentiert, daß sie bereit war, die Lohnfrage auf friedlichem Wege zu erledigen. Da die Generaldirektion den Schiedsgericht abgelehnt hat, so ist dieselbe gefallen und treten die ursprünglichen Lohnforderungen erneut in den Vordergrund.

3. Die Belegschaft nimmt Kenntnis von dem erneuten Vorschlag des Herrn Oberberggrats Spahn vom 9. Dezember 1910, der dahin geht, daß die Belegschaft die Kündigung zurücknehmen soll und daß die Oberbayerische Aktiengesellschaft bei günstigerer Konjunktur eine Prüfung der Lohnfrage vornehmen und, soweit berechtigte Wünsche vorliegen, nach Umständen Hilfe schaffen will.

4. Die Versammlung betont, daß sie nicht in der Lage ist, diesem zu nichts verpflichtenden Vorschlag ihre Zustimmung zu geben und daß der Belegschaft deshalb nichts weiter übrig bleibt, als ihren berechtigten Lohnforderungen größeren Nachdruck durch Eintreten in den Streik zu geben.

5. Das Vorgehen der Oberbayerischen Aktiengesellschaft in letzter Zeit gegen die Belegschaft veranlaßt diese, nicht den Ausgang der Kündigung abzuwarten, sondern bereits ab Montag, den 12. Dezember, in den Ausstand zu treten. Die Belegschaft will damit nicht kontraktbrüchig werden, sondern erklärt, daß sie im Interesse der Sicherheit der Grube und der Belegschaft gezwungen ist, diese Maßregel zu ergreifen. Das Schieß- und Sprengmaterial wurde den Leuten, die seit 8 und 10 Jahren damit umgegangen sind, weggenommen und Leuten übergeben, die neu zu Schichtmeistern befördert wurden, ohne daß Gewähr für die Sicherheit gegeben wurde; ja, es wurde Leuten übergeben, welche ihrer Funktion als Schichtmeister schon einmal entzogen wurden, weil sie nicht zuverlässig genug waren. Es ist nachgewiesen, daß diese neuen Schichtmeister Patronen liegen lassen, daß Schießpatronen verloren gingen und damit die Sicherheit der Grube in die größte Gefahr gesetzt wurde. Die Belegschaft will kein zweites Mauthaus schaffen; es ist ihr deshalb unter den gegenwärtigen sicherheitsgefährlichen Umständen unmöglich, weiter zu arbeiten. Die Anwesenden verpflichten sich, in dem nun eintretenden Kampfe strenge Disziplin zu halten und alle Anordnungen der Streikleitung zu befolgen. Alle für einen und einer für alle! Soll und muß die Parole in diesem Kampfe sein!

Es war ein eigenartiger und überwältigender Anblick, der sich dem Zuschauer bot. Vor uns die imposante, von Kampfesbegeisterung durchdrungene Versammlung, die durch Emporheben der Hände den Kampf beschloß, dies Bild der trotzig und mutig blickenden Kampfeschar sehen wir untrügig von der romantischen Gebirgslandschaft der oberbayerischen Alpenwelt.

Der Streik war also beschlossen, schnell wurden die jetzt noch notwendigen Vorbereitungen erledigt und am Montag legte die Belegschaft einstimmig die Arbeit nieder. Von der genau 1593 Mann zählenden Belegschaft arbeiteten am ersten Tage ca. 100 Mann. In den nächsten Streiktage erhöhte sich die Zahl der Arbeitswilligen naturgemäß etwas durch solche Leute, denen zum Teil das Weiterarbeiten von der Streikleitung gestattet wurde. Nach einige Ueberläufer sind zu verzeichnen. Immerhin ist die Zahl der Arbeitswilligen bei richtiger Würdigung der Verhältnisse gering. Die Verlesung gibt sogar 250-280 Arbeitswillige an. Diese Zahl ist aber nach der genauen Kontrolle unserer Streikleitung viel zu hoch angegeben. Der Kampf wird untrügig fortgeführt. Etwa 60 Gewerksdame wurden herbeigekauft, haben jedoch nichts zu tun, denn die Streikenden halten selbst die Ordnung aufrecht.

Alle Hoffnungen der Werksleitung sind auf das Verhalten der Penzberger Kameraden gesetzt, denn die Streikleitung wehrt sich fieberig, daß in der Generaldirektion gesagt ist: „Wenn die Gaushamer auch streiken und unter Umständen das ganze Werk stilllegen, so ist das nicht so schlimm. Anders wird die Sache, wenn die Penzberger Kameraden sich solidarisch erklären.“ Es handelt sich also um die Penzberger Kameraden. Um deren Stimmung kennen zu lernen, war am Mittwoch, den 14. Dezember, eine Belegschaftsversammlung einberufen. Der große Saal des „Glückauf“ war lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Kamerad Spahn besprach in einem kurzen Referat den Streik der Gaushamer Kameraden und stellte an die Versammlung die Frage, ob sie noch hinter ihren Forderungen stände und ob sie eventuell bereit sei, den Gaushamer Kameraden beizupflichten. Es könne nicht angehen, daß die Penzberger Kameraden durch Weiterarbeiten die Werksdirektion unterstützten und der Kampf den Kameraden unnütz in die Länge gezogen würde. Die Penzberger müßten sich solidarisch erklären, damit der Kampf erfolgreich beendet werden könne.

Auch der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, Kollege Steiner, Mündchen, sprach in ähnlichem Sinne.

In der Diskussion wurde einstimmig erklärt, daß sie sich solidarisch mit Gausham erklären wollten. Nur über den Beginn des Streiks gingen die Meinungen auseinander.

Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, den 14. Dezember, in Penzberg stattfindende Belegschaftsversammlung erklärt sich solidarisch mit den streikenden Kameraden in Gausham. Sie erblickt ferner in der Nichtbeziehung der Penzberger Belegschaftsvertreter zu den neuerdings unterhandlungen eine Zurücksetzung der Penzberger Belegschaft, die nicht zuletzt darauf hinausgeht, in die Reihen der Arbeiterkraft der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau Aktiva und Passiva hinein zu tragen. Die Versammlung erklärt sich deshalb bereit, zugunsten der Gaushamer Kameraden Montag in den Streik zu treten.“

Dann wurde über die Frage, ob Donnerstag oder Montag der Streik beginnen solle, abgestimmt. Das Resultat war, daß mit einer Mehrheit von sieben Stimmen bestimmt wurde, erst am Montag die Arbeit niederzulegen.

Während die Penzberger Kameraden sich also entschieden, ihren Gaushamer Arbeitsbrüdern zu Hilfe zu eilen, wurde in Mündchen auf Veranlassung des Herrn Oberberggrats Spahn über erneute Einigungsvorschläge verhandelt. In diesen Verhandlungen nahmen von Arbeiterseite drei Mitglieder des Arbeitervereins und von der Werksleitung Generaldirektor Dr. Weisbofer teil. Das Ergebnis der dreistündigen Verhandlung war:

„daß sich die Oberbayerische Aktiengesellschaft bereit erklärt, am 1. April eine Lohnaufbesserung einzutreten zu lassen. Die Lohnverhältnisse sollen nach Recht und Billigkeit in den einzelnen Arbeiterkategorien geprüft und, soweit es in der Macht des Generaldirektors liegt, geregelt werden. Wenn die Arbeiter diesem Vorschlag zustimmen und die Arbeit sofort wieder aufnehmen, dann sollen alle Arbeiter wieder eingestellt werden!“

Ob es möglich ist, den Streik in Gausham auf der Grundlage dieses Vorschlages zu beenden und die Bergarbeiter in Penzberg vom Eintreten in den Streik abzuhalten, ist sehr fraglich, denn die oberbayerischen Bergleute sind schon zu oft durch derartige Verprechungen irreführt worden. Etwas greifbareres als dieser Vorschlag wird man den kämpfenden Arbeitern schon bieten müssen, wenn das Verlangen nach einem dauernden Frieden bei der Werksleitung wirklich vorhanden ist. Der Werksleitung brennt es aufsteigend unter den Nägeln, denn auf der Generaldirektion ist, wie gesagt, erklärt worden, daß die Einstellung der Arbeit in Gausham nicht so schlimm sei, auch wenn die ganze Grube still gelegt würde, anders wäre jedoch die Lage, wenn die Penzberger Arbeiter auch in den Streik treten würden. Nun, die Penzberger Bergleute haben gesprochen, sie haben dargelegt, wie sie denken und handeln werden. Hoffentlich bequemt sich die Oberbayerische recht bald zu annehmbaren Zugeständnissen, auf deren Basis die Verhandlungen zu einem greifbaren Resultat führen.

Bei einem Streik der Bergarbeiter wird immer gefragt: Wie verhält sich die Öffentlichkeit den Arbeitern gegenüber? Es hängt nämlich von der Haltung der Bevölkerung unter Um-

ständen sehr viel ab. Die Gaushamer Bürger stehen in ihrer überwältigenden Mehrheit auf Seiten der Arbeiter. Da die Werksleitung mit der Fällung der Bergbauarbeiten gedroht hat, so haben mehrere Hausbesitzer den bei ihnen wohnenden Arbeitswilligen die Wohnungen gekündigt. Die Geschäftsleute haben Zettel verteilt, worin ihre Kollegen aufgefordert werden, die Streikbrecher nicht zu unterstützen. Es ist fast zur Selbstverständlichkeit geworden, daß die Öffentlichkeit gegen die Arbeiter Stimmung zu machen versucht, denn der Zeitgeistliche hat gesagt, es sei eine Schande, sich auf die Straße zu stellen und nicht zu arbeiten, die Bergleute wären zu faul zum Arbeiten. Man müsse vor denjenigen, die zur Arbeit gehen, Respekt haben! Bei solchen Äußerungen des Zeitgeistlichen darf es nicht wundernehmen, daß die christlichen Gewerksvereinsmitglieder überhaupt noch nicht zu einer klaren Stellungnahme gekommen sind. Ein Teil der Gewerksvereinsmitglieder streift, während die übrigen zur Arbeit gehen. Der Gewerksverein mag nur so weiter machen, dann wird er in Oberbayern sehr bald ausgepielt haben.

Die Ablehnung der Bergarbeiter-Forderungen und die Öffentlichkeit.

Die Ablehnung der Bergarbeiterforderungen wird in der Presse lebhaft kommentiert. Das läßt sich schon aus der Tatsache herleiten, daß ein evangelischer Verarbeiterbrief im Volksleben unter ganzes Volksleben wirtschaftlich treffen würde. Und da hat gewiß die Öffentlichkeit ein Recht, sich um die Dinge zu kümmern, wie sie sich im Ruhrbecken gestalten können. Und die Öffentlichkeit hat auch ein Recht zu fragen, — wo er denn viele Veranlassungen des Volkslebens herkömmt? Sind es die Hunderttausende Bergarbeiter, die im Ruhrbecken den „latenten Kriegsstand“ wohnen? Sind es die Bergarbeiter, die in ihren Forderungen weder Maß noch Ziel kennen, sind sie es, die durch unüberhörbares Verhalten vorzeitig wirtschaftliche Gefahren heraufbeschwören, diese Gefahren gar wünschenswert? Alle diese Fragen gehen der Öffentlichkeit sehr wohl an. Und wie empfinden eine große Begeisterung, eifrig und ehrlich sagen zu können, daß die Ruhrbergarbeiter sich nicht so verhalten, wenn wie in den letzten Jahren, so auch gegenwärtig dem stolzen „Verarbeiterbewegung im Ruhrbecken“ in der Presse erste und mahnende Betrachtungen gewidmet werden.

Wer die Ruhrbergarbeiter kennt, weiß, daß sie nicht aus purer Wollust und Verlangen nach einem lateren Kriegszustand sich in Bewegungen setzen. Diese Arbeiterchaft ist durch ein einmütiges friedliches und freundliches Entgegenkommen gekennzeichnet. Der haben die Ruhrbergarbeiter durch ihre Ruhe und Besonnenheit viel gut gemacht, daß sie herausbekommenen ersten wirtschaftlichen Notlagen aus dem Wege räumen sind! Wirge, ihrer Umstände freien Lauf zu lassen, hatten sie gerne. Dem Schwarzen Mann, die gewaltigen Katastrophen, die schlimme Erkrankung der Arbeiter auf den Gruben der Ruhr, haben sie sich mit der menschlichen Anteilnahme, die unerschütterlichen Liebe, alles das vor harte Proben an die Geduld der Verarbeiter stellt. Wer hätte es ihnen verdenken können, wenn sie in einem einzelnen der oben genannten Fälle die Grenzen ihrer Macht überschritten. Es ist nicht möglich, ein Beweis, daß die Verarbeiter vieles ertragen, aber sie zu dem letzten Mittel der Arbeit — dem Streik greifen. Aber alles muß seine Grenzen haben. Verarbeiter hat auch Grenzen und wollen als solche leben und erst behandelt werden.

Und hier mangelt es, um der ärmsten gerade dem Herrn übermüt, stellen die Verarbeiter von ihrer wichtigen und gefährlichen Funktion im Gewerks- und Industrieleben mit die in die Kategorie der Arbeiterkategorie dar. Wirf als eine Million Arbeiter in Deutschland erkennen sich der Tarifverträge; Bergarbeiter sind nicht darunter! Im Verban herrscht geradezu schrankenlos nach die Herrschaft. Dagegen bemüht sich der gesunde Menschensverstand der Bergarbeiter auf. Und sie können von der Öffentlichkeit verlangen, daß man ihr Streben nach menschenwürdiger Behandlung und ihren Kampf gegen die einseitige Herrenwillkür im Arbeitsvertrag versteht und würdigt. Weisenden genug sind dem die Forderungen, die die Verarbeiter zur Linderung ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Notlagen bisher gestellt haben. Und jetzt in der Lohnfrage.

Die Verarbeiter leben mehrere Jahre hindurch eine gründliche Hungerkur durchgemacht müssen. Davor sind andere Arbeiterkategorien vielfach durch ihre Tarifverträge bewahrt geblieben. Jetzt legen die Verarbeiter, die Hungerkur ab, hungert und sie laßt es mit ihnen. Wird doch ihrer Forderung eine Berücksichtigung nicht abgesehen werden können.

Nicht einmal die Werksbesitzer wagen es in ihrer Antwort auf die Fingere der Verarbeiter zu sagen, daß die Forderung auf Lohnerhöhung unberechtigt ist. Sie bedauern gar die Lohnreduktionen, die sie selbst vorgenommen haben! Mit wieviel mehr Recht können da die Verarbeiter das Verlangen stellen, die Lohnreduktionen wieder rückgängig zu machen, sobald sich die Möglichkeit dazu bietet. Wir hatten die Zeit ihr erkennen, daß jetzt etwas gebietet für die Verarbeiter. Von der schändlichen Abgabe der Grubenbesitzer werden sie ebenso wenig sein, als wenn die Abgabe wie früher hoch und unbillig war. Die Werksbesitzer lehnen jedwede Lohnerhöhung auf die Eingaben der Verbände hin ab, nicht das geringste Entgegenkommen zeigen sie. Das ist, was empören muß und was auch die Öffentlichkeit aufweisen wird gegen die Verarbeiter und ihr Vernehmen. Jede Verhandlung mit den Arbeiterrepräsentationen wird abgelehnt, jedes Entgegenkommen in der Lohnfrage verweigert. Wer Anrecht ist, soll Anrecht bleiben! Und dazu gehört nach Herrenrecht, daß die Anrechte, die Verarbeiter, gar kein Recht haben, auf ihr Lohn-einkommen einen Einfluß auszuüben. Was werden werden soll, bestimmen wir!!! Wir — die Kapitalisten von Gottes Gnade!!! Wer kennt nicht die letzten Worte, mit denen der amerikanische Grubenmillionär Bär den fordernden Bergarbeitern entgegen-trat. Die Stimmes und deren Anhang machen es nicht besser. Solange aber solche Äußerungen von den Grubenbesitzern im Ruhrkohlenbecken beibehalten werden, solange müssen sie als die Schuldigen bezeichnet werden für alle wirtschaftlichen Konplikationen, die aus solchen Verhalten entstehen können und schließlich entstehen müssen.

Die Verarbeiter fordern nicht ins Uferlose. Was sie verlangen haben, ist nichts anderes, als was sie bei billigerer Lebenshaltung bzw. billigeren Lebensmittelpreisen verdienen. Dazu kommt, daß die wirtschaftliche Konjunktur umgeschlagen ist, sich gebessert hat und sich noch weiter bessern wird.

Kurz und gut. Die Forderungen der Bergarbeiterverbände sind in bescheidenen Grenzen gehalten. Ob die Werksbesitzer aber gut daran taten, sie anzunehmen und jede Verhandlung über die Forderungen mit, darüber mag die Öffentlichkeit urteilen. Die Verarbeiter stellen sich mit ruhigem Gewissen der öffentlichen Kritik.

Entscheidende Fragen.

Vor zwei Jahren, im August 1908, trafen sich die christlichen Gewerkschaftsführer „aller Länder“ zu einer internationalen Konferenz in Zürich. Die Deutschen wollten dort den Ausländern mal zeigen, wie man gründliche Arbeiterorganisation treibt. Herr Gieseler war es, dem der Hauptvortrag der Tagung zufiel, und er redete einige Stunden über das Wesen und die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Zugleich aber wollten die deutschen Herren ihren ausländischen Kollegen kundtun, was die christlichen Gewerkschaften für parte, selbstbewusste, unabhängige und selbständige

Organisationen seien, die, wie es moderen Deutschen gegiemt, Gott und sonst nichts auf der Welt, nicht einmal den Papst und seine Bischöfe fürchten. Man war ja nicht umsonst im Lande der „freien Berge“; außerdem liegt Zürich weit von Köln und Breslau, und die Sache war uns so ungefährlicher, als man durch Anweisung an die Presse dafür gesorgt hatte, daß nicht allgubel zur Kenntnis der Öffentlichkeit kam — ein Vorhaben, das allerdings durch einen indiskreten Bericht, welcher verbreitet wurde. Die deutschen Herren legten also los. Herr Wiesberts hielt sich in seinem Vortrag in diplomatischer Reserve, aber auch von ihm erfuhr man, daß in dem Moment, wo eine Gewerkschaft sich als kirchliche Organisation bekenne und betätige, ihr das Rückgrat gebrochen sei; deshalb habe man auf Seiten der christlichen Gewerkschaften eifrig darüber gewacht, daß keine Leute in diese Bewegung hineingeregelt, die nach der einen oder der anderen Seite religiöse Propaganda machen wollten.

Und dann Herr Schiffer, der Vorsitzende im Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. In diesem Saale — so sagte er — sind viele Katholiken. Ich bin auch einer. Aber bei aller Hochachtung und Ehrfurcht vor unseren geistlichen Oberherren, namentlich vor unseren Bischöfen, müssen wir doch sagen: Bis hierher und nicht weiter! Sie haben das Recht und die Pflicht, uns in religiösen und sittlichen Dingen den Weg zu weisen, aber wo es sich um Berufsfragen handelt, also um mehr oder weniger rein wirtschaftliche Dinge, wird ein Bischof wohl nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen wollen, ein Machtwort zu sprechen. Auf diesem Gebiete sind wir selbständig und müssen es sein.

Und so redeten mit mehr oder weniger Kühnheit und Schärfe die übrigen Herren aus dem christlichen Gewerkschaften Deutschland. Hier, im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte, erhob sich ob solcher offenbaren Aufsehnung wider die kirchliche Autorität, ein groß Geschrei. „Was besagen diese Worte — so fragte das Organ der Berliner Facharbeiter — anders als: Wir lassen uns von keinem Papst, keinem Bischof in unsere gewerkschaftlichen Angelegenheiten hineinreden; unsere Organisationen haben grundsätzlich mit kirchlichen Einflüssen nichts zu tun.“ Die Zentrumspresse in Schlesien und im Triererlande schlug Alarm; in den Bischofspalästen erhob sich ein Klagen und Jürnen über soviel Unbotmäßigkeit — so daß den Herren Wiesberts, Schiffer und Genossen, als sie nach Hause zurückgekehrt waren, das christliche Herz in die Hosen fiel. Sie erklärten, daß ihre Worte in Zürich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen, daß außerdem ihre Ausführungen entstellte und übertrieben worden seien. Was die Herren Wiesberts und Schiffer bei ihrem Witz- und Wuhgang zum Kölner Erzbischof für Zusicherungen gemacht haben, weiß man nicht; in Versammlungen, wie solche nach der Züricher Konferenz in Berlin und Köln stattgefunden haben, drückten sie ihr Bedauern über die Form der Züricher Neuzerungen aus, in der Sache beharrten sie jedoch auf dem dort eingenommenen Standpunkt, und in Resolutionen, die bei dieser Gelegenheit gefaßt wurden, kam zum Ausdruck, daß die christlichen Gewerkschaften „selbständige Organisationen christlicher Arbeiter“ seien, unabhängig nach der parteipolitischen wie nach der kirchlichen Seite hin. Und diese „Selbständigkeit“ und „Unabhängigkeit“ der christlichen Gewerkschaften ist denn auch in der Folgezeit von den Führern immer wieder betont worden — als wesentliches Merkmal und unterscheidendes Kennzeichen gegenüber den katholischen Fachabteilungen, die bekanntlich ihre wirtschaftlichen Bestrebungen dem Urteil und der Aufsicht der kirchlichen Gewalt unterstellen.

Nun hat in Sachen der christlichen Arbeiterbewegung der Papst sein Urteil gesprochen. Kardinal Antonius Fischer von Köln ist in Rom gewesen und hat mit dem Papst über die Streitfragen verhandelt, die die deutschen Katholiken seit einiger Zeit erregen. Bezüglich der Gewerkschaftsfrage läßt der Papst fundiert, daß er den beiden Richtungen, den katholischen Fachabteilungen wie den christlichen Gewerkschaften, gleichmäßig neutral gegenüberstehe; der Papst wünscht aber auch — und das liegt, wie Kardinal Fischer versichert, dem „heiligen Vater“ besonders am Herzen — daß nunmehr endlich aller Eifer und Zwist zwischen den beiden Richtungen aufhöre, daß man, wenn nicht miteinander, so doch nebeneinander wirken möge, ohne sich gegenseitig zu beschuldigen und zu befeinden.

Der Kampf zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen dauert nunmehr ein volles Jahrzehnt. Beide Richtungen sind sich spinnefeind. Die Facharbeiter werfen ihren Gegnern vor, daß sie vom rechten Christentum abgewichen seien, die kirchliche Autorität mißachteten und in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit „sozialdemokratische“, „unpatriotische“ Wege wandelten. Die christlichen Gewerkschaften erhoben gegen die Facharbeiter den Vorwurf, daß sie gar keine gewerkschaftlichen Organisationen seien, daß sie Streikbrecherdienste leisteten und auf einer Stufe mit den berüchtigten gelben Organisationen ständen. An einen Frieden, so versicherten die christlichen Gewerkschaftsführer, an eine gegenseitige Duldung der beiden Richtungen sei nicht zu denken, der Kampf werde durchgeführt werden müssen bis zur Vernichtung der katholischen Fachabteilungen.

Nun kommt der Papst und erklärt, daß ihm beide Richtungen gleich lieb und wert seien: die christlichen Gewerkschaften wie die von diesen als Streikbrecherorganisation bezeichneten Fachabteilungen. Und er gebietet den beiden Richtungen: Händlein, liebte einander! Er verlangt von den christlichen Gewerkschaften, daß sie die katholischen Fachabteilungen, die sie mit den Gelben auf eine Stufe stellen, als gleichwertig und gleichberechtigt anerkennen, daß sie neben ihnen wirken in Ruhe und Frieden und gegenseitiger christlicher Bruderliebe. Der Papst spricht hier den christlichen Gewerkschaften gegenüber ein Machtwort aus, ein Machtwort, das in die grundsätzliche Auffassung und in das praktische Verhalten der christlichen Gewerkschaften tief eingreift. Und es entsteht die Frage: Was werden in diesem Falle die christlichen Gewerkschaften tun?

Sie haben bis heute mit besonderer Entschiedenheit ihre Selbstständigkeit gegenüber Partei und Kirche betont. Sie haben in Zürich sich das Hineinregieren von fremder Seite verboten; sie haben dort den Bischöfen, die ihnen Verhaltungsmaßregeln zu geben versuchten, zugerufen: Bis hierher und nicht weiter! Werden sie auch jetzt bei ihrer „Selbstständigkeit“ beharren und dem Satz und den Bischöfen ehrsüchtig, wie es gläubigen Leuten geziemt, aber auch entschieden klar machen: Wir wissen selber, was wir zu tun haben und werden uns in unseren wirtschaftlichen Bestrebungen keine Vorschriften von irgend einer Seite machen lassen. Wir führen deshalb den Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen, diese Streikbrecherorganisationen, durch, bis der Feind besiegt ist.

Oder aber werden die Herren Wiesberts, Schiffer, Wieser, Imbusch und wie sie sonst noch heißen, sich vor allen Dingen als Katholiken fühlen, die dem Oberhaupt ihrer Kirche unter allen Umständen Gehorsam schuldig sind? Werden sie dafür, daß der Papst sie zurechtweist, den Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen aufgeben und damit ihre Grundsätze wie ihre Taktik der kirchlichen Autorität zum Opfer bringen?

Und wenn das Letztere der Fall ist, was werden die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sagen? Werden sie ebenfalls von dem Papst in Rom ihre gewerkschaftliche Auffassung und Taktik vorschreiben lassen? Werden sie in Zukunft die Streikbrecherorganisationen der Berliner Richtung als gleichwertig und gleichberechtigt anerkennen, weil „Seine Heiligkeit“, Papst Pius X., es so wünscht?

Diese Fragen drängen sich auf beim Lesen des Hirtenbriefes, durch den Kardinal Fischer der katholischen Christenheit seiner Erzbischöfe den Willen des Papstes kundtat. Es wird von Interesse sein, die weiteren Vorgänge im Christenlager im Auge zu behalten und festzustellen, in welchem Sinne die Lösung dieser Fragen erfolgt.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

„Christliche“ Sozialpolitik.

Im Verlage des katholischen Volksvereins zu M. Gladbach erscheint eine Zeitschrift „Frauenwirtschaft, Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Verbandes für hauswirtschaftliche Frauenbildung“. Wie sehr dieses Organ für die Interessen der Frauen eintritt, zeigt die Oktobernummer, in der folgendes Rezept empfohlen wird:

Goldener Vorschlag

oder wie eine Haushaltungslehrerin mit 900 Mark Gehalt auskommt.

Haft du in deinem Haushaltsfonds 900 Mark nur in Bar und Kupons, Brauchst du deswegen nicht treu zu sein, Nichte nur deine Ausgaben ein, Und du erzielst, daß du allen zum Trost Besser noch lebst wie manch dämlicher Proh. Wie man dies zu erreichen vermag, Verne an folgendem Vorschlag:

Wohnung.

Wähl' nicht als Wohnung ein Fürstenpalast, Zieh' unter's Dach, in die himmlische Kahl! Klettern und Steigen stärkt Herz und Lung, Vergert den Arzt, hält mager und jung.

Seizung.

Härte dich ab gegen Feuchte und Frost, Härte dich ab gegen Wind aus Nordost, Dann genügt des Nachts dir die Wärme des Wolls, Und für den Tag reichen sieben Dritkells.

Beleuchtung.

Les nicht des Abends allerlei Kohl, Setz im Dunteln, dann sparst du Petrol, Zünde und lösch auf Treppe und Flur Pünktlich das Licht nach dem Schläge der Uhr.

Verpflegung.

Erbswurst von Knorr oder Potentlos! Kostet nicht viel, macht kräftig und froh, Und wen ein Supfängel wenig geniert, Grade so gut wie im Gasthaus diniert.

Kleidung.

Nicht nach der Mode, im Mantel und Hut, Weibes ist teuer und trägt sich nicht gut, Aber Kamelehaar als Kremppe und Kleid Hält, ob es regnet und wehert und schneit, Und den Gummischuh hat überholt, Wer sich mit grünendem Leder verpfählt.

Und so

Genieße froh, was dir beschieden! Und behre gern, was du nicht hast! Ein jeder Stand hat seinen Frieden, Ein jeder Stand hat seine Laß.

Wer von den Bergarbeitern vernag sich an diesem kulturwidrigen Rezept zu begeistern? Statt Linderung der Not blutige Verhörmung! Wie lange werden sich das christliche Arbeiter noch gefallen lassen?!

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Lohnverluste der Bergarbeiter.

130 559 044 Mark Lohnverlust haben die Bergarbeiter im preussischen Bergbau vom 1. Quart. 1908 bis einschließlich 3. Quart. 1910, also in rund 2 1/2 Jahren durch direkte Lohnreduzierungen, ungerade die Verluste, die ihnen durch die vielen Fehlerschichten entstanden sind, erlitten. Die Durchschnittslöhne pro Schicht und die Gesamtlohnverluste betragen in den einzelnen Revieren:

	4. Quart. 1907	1. Quart. 1908	2. Quart. 1908	3. Quart. 1908	1. Quart. 1909	2. Quart. 1909	3. Quart. 1909	Gesamtlohnverlust
Ruhrgebiet	4,99	4,76	4,48	4,48	4,61	4,57	4,57	104 007 807
Ober-schlesien	3,55	3,52	3,49	3,45	3,42	3,45	3,45	5 482 611
Nieder-schlesien	3,39	3,31	3,26	3,22	3,19	3,22	3,22	2 896 608
Saar-gebiet	4,07	4,03	3,96	3,94	3,95	3,97	3,97	3 429 211
Wachener Revier	4,60	4,54	4,44	4,44	4,46	4,44	4,44	3 254 116
Haller Braunkohlenrevier	3,70	3,68	3,57	3,47	3,55	3,61	3,61	4 805 566
Unter-schlesisches Braunkohlenrevier	3,93	3,96	3,91	3,84	3,93	3,96	3,96	3 202 977
Haller Salzbergbau	3,98	3,92	3,88	4,00	3,93	3,95	3,95	4 022 066
Glauchthaler Salzbergbau	4,11	4,03	4,04	4,00	4,01	4,08	4,08	2 883 791
Wansfelder Erzbergbau	3,52	3,40	3,44	3,53	3,48	3,50	3,50	1 374 401
Siegener Erzbergbau	4,37	4,35	4,36	4,37	4,39	4,37	4,37	5 663 877
Raiffeuer Erzbergbau	3,51	3,52	3,50	3,54	3,54	3,50	3,50	2 327 655
Reichsteiner Erzbergbau	3,67	3,60	3,64	3,65	3,67	3,60	3,60	1 611 257
Summa								136 559 944

Am empfindlichsten aber wurden die unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, Hauer und Lehrhauer, betroffen. Der Durchschnittslohn derselben betrug pro Schicht:

	4. Quart. 1907	1. Quart. 1908	2. Quart. 1908	3. Quart. 1908	1. Quart. 1909	2. Quart. 1909	3. Quart. 1909
Ruhrgebiet	6,14	5,77	5,80	5,29	5,33	5,33	5,40
Ober-schlesien	4,10	4,02	3,97	3,90	3,90	3,90	3,95
Nieder-schlesien	3,73	3,61	3,51	3,45	3,42	3,42	3,44
Saar-gebiet	4,65	4,64	4,50	4,46	4,47	4,47	4,49
Wachener Revier	5,35	5,10	4,98	5, —	5,04	5,15	5,15
Haller Braunkohlenrevier	4,38	4,15	4,13	3,97	4,05	4,17	4,17
Unter-schlesisches Braunkohlenrevier	4,31	4,27	4,34	4,24	4,31	4,43	4,43
Haller Salzbergbau	4,36	4,25	4,16	4,34	4,33	4,29	4,29
Glauchthaler Salzbergbau	4,67	4,38	4,51	4,51	4,45	4,45	4,50
Wansfelder Erzbergbau	3,73	3,56	3,64	3,70	3,66	3,67	3,67
Siegener Erzbergbau	4,97	4,04	4,08	4,06	4,14	4,23	4,23
Raiffeuer Erzbergbau	3,70	3,15	3,23	3,26	3,27	3,34	3,34
Reichsteiner Erzbergbau	4,17	3,64	3,69	3,72	3,75	3,79	3,79

Zu berücksichtigen ist hierbei, daß es sich bei dieser Arbeiterkategorie um gelehrte, zumteil verheiratete Arbeiter handelt; diese wurden daher durch die starken Lohnverluste umso schärfer getroffen. Am schlimmsten wurden die Arbeiter im Siegener Erzbergbau und im Ruhrgebiet getroffen. Im Ruhrgebiet gestalteten sich die Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterkategorien wie folgt:

Jahr	Unterirdisch beschäftigte eigentliche Bergarbeiter Jahreslohn	Sonstige unterirdisch beschäftigte Arbeiter Jahreslohn	Über Tage beschäftigte erwachsene Arbeiter Jahreslohn
1907	1871	1289	1256
1908	1766	1255	1334
1909	1555	1162	1272
1910	—	—	—
(1. Quart.)	—	—	—
2. Quartal	—	—	—
3. Quartal	—	—	—

Die eigentlichen Bergarbeiter haben danach 1909 316 Mk., die sonstigen unterirdisch beschäftigten Arbeiter 127 Mk., die erwachsenen Tagearbeiter 84 Mk. weniger verdient wie 1907. Dieser außerordentliche Lohnverlust rechtfertigt sich besonders im Ruhrgebiet durch die finanzielle Lage der Werke in keiner Weise; die Bergarbeiter hätten sich daher nichts vergeblich, wenn sie die Bergarbeiterforderung auf 15% Lohnreduzierung berückichtigt hätten; sie hätten damit den Bergarbeitern nur gegeben, was sie ihnen in der Zeit der Krise genommen. Einen Ausgleich für die inzwischen wieder sehr verteuerte Lebenshaltung hätten die Bergarbeiter damit immer noch nicht erhalten.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich.

Seit dem Jahre 1907 veranstaltet das kaiserliche Statistische Amt alljährliche Fragebogenerhebungen über die Tarifverträge im Deutschen Reich, nachdem es von 1903 bis 1906 die in Geltung befindlichen

Tarifverträge gesammelt und statistisch bearbeitet hatte. Die Erhebungen werden mit Hilfe der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände durchgeführt, indes ist der Anteil der letzteren so gering (1908: 13,2 Proz., 1909: 9,0 Proz.), daß ohne die Hilfe der Gewerkschaften diese Statistik nicht durchgeführt werden könnte. Auch sind es von den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen fast allein die freien Gewerkschaften, deren Tarife die Grundlage der Statistik bilden. Von 2000 pro 1909 abgeschlossenen Verträgen entfielen 2081 auf unsere Verbände. Die übrigen Gewerkschaftsgruppen sind in der Regel an den Tarifen unserer Gewerkschaften nur mitbeteiligt.

Die große Bedeutung dieser Tarifvertragsstatistik liegt nicht nur in der Bedeutung des Tarifvertragsproblems an sich, als einer volkswirtschaftlichen und rechtlichen Neuerung, die berufen sein dürfte, den gewerblichen Arbeitsvertrag und das Arbeitsrecht für Millionen von Staatsbürgern von Grund aus umzugestalten, sondern vor allem auch in der statistischen Erfassung des Inhalts der Tarifverträge über Arbeitsdauer, Arbeitslöhne, Lohnsysteme usw. Wird diese Statistik in der richtigen Weise durchgeführt und bearbeitet, so kommen wir auf diesem Wege zu einer sehr brauchbaren Statistik der Arbeitsdauer und Arbeitslöhne der gewerblichen Arbeiterschaft. Daß dies keine Uebertreibung ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß im Jahre 1909 bereits mehr als 1 Million gewerblicher Arbeiter in tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen standen und daß der Geltungsbereich der Tarifverträge sich von Jahr zu Jahr erweitert. Schon das Jahr 1910 mit seiner großen Tarifbewegung im Baugewerbe hat eine erhebliche Erweiterung des Tarifbereichs gebracht und der neu ein-tretende Wirtschaftsaufschwung wird die Zahl dieser Verträge bald verdoppeln. Schon heute umfassen diese Verträge 1 107 478 Arbeiter, also etwa 10,5 Proz. der 10 516 050 Arbeiter in Industrie und Handel. Von Jahr zu Jahr wird ein wachsender Teil dieser Arbeiterschaft erfaßt und damit eine immer vollkommener Statistik der Arbeitsbedingungen möglich sein. Allerdings nur der tariflich vereinbarten Arbeitszeit und Löhne, nicht der wirklich geltenden. Über liegt die letztere noch weit im Felde, so wirken die Tarifverträge auch im aus-gleichenden Sinne, so daß diese Statistik schon eine sehr brauchbare Uebersicht ergeben würde.

Leider ist die amtliche Tarifvertragsstatistik noch nicht so weit. Sie gibt nämlich keine Darstellung des Vertragsinhalts aller in Geltung befindlichen Tarifverträge, sondern nur der im Berichtsjahre in Kraft getretenen Verträge. Da solche Verträge vielfach auf die Dauer mehrerer Jahre abgeschlossen sind, so ändert sich von Jahr zu Jahr der bearbeitete Tarifbereich bedauerlich, daß jeder Vergleich erschwert ist. Um statistische Vergleiche der Tarifergebnisse der einzelnen Jahre zu ermöglichen, müßte alljährlich der gesamte Tarifbestand in die Verarbeitung einbezogen werden. Das geschieht leider erst nur hinsichtlich der Zahlen der Tarifverträge, Betriebe und Arbeiter, nicht aber hinsichtlich der Angaben über Arbeitsdauer, Lohnsysteme, Arbeitslöhne, Lohnaufschläge und dergl. Eine Vervollständigung der Tarifstatistik in dieser Hinsicht wäre sehr erwünscht, weil dann erst diese Statistik ihre eigentliche Aufgabe erfüllen kann, ein Gradmesser der vertraglich geregelten Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reich zu werden.

Das „Korrespondenz-Blatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ unterzieht von diesem Gesichtspunkte aus die Tarifvertragsstatistik in seiner Statistischen Zeitschrift Nr. 9 einer eingehenden Bearbeitung. Es stellt die wesentlichen Ergebnisse der Zusammenfassungen von 1903, 1905 und 1906, sowie der Fragebogenstatistiken von 1907, 1908 und 1909 zusammen und weist daraus nach, wie verheerend bedauerlich diese Statistik noch ist. Durch die Veröffentlichung in den Statistischen Zeitschriften will das Blatt die Aufmerksamkeit der Gewerkschaftskreise und Arbeiterpresse auf die hohe Bedeutung dieser Statistik lenken und diese Kreise zur Mitarbeit an der Verbesserung derselben anregen.

In der Tat verdient diese Statistik die Beachtung der weitesten Arbeiterkreise. Sie erstreckte sich Ende 1909 auf einen Bestand von 6578 Tarifen für 137 214 Betriebe mit 1 107 478 Personen. Davon waren im Jahre 1909: 2300 Tarife für 39 786 Betriebe mit 253 116 Personen in Kraft getreten. Zählt man die denselben Betrieben und Personenkreis betreffenden Tarife, die von mehreren Organisationen eingegangen sind, nur einmal, so vermindert sich die Zahl für 1909 auf 2000 Tarife für 24 209 Betriebe mit 230 195 Personen.

Von diesen im Tarifbereich pro 1909 tätigen Arbeitern entfielen 34,7 Proz. auf das Baugewerbe, 14,3 Proz. auf die Metall- und Maschinenindustrie, 10,4 Proz. auf die Bekleidungsindustrie, 8,8 Proz. auf die Nahrungsmittel- und 8,5 Proz. auf die Holzgewerbe. Im Durchschnitt kamen auf jeden Tarifvertrag 110,1 Arbeiter (1908 = 201,1), und auf jeden tariflichen Betrieb 9,5 Arbeiter (1908 = 9,0). Auf Kleinbetriebe bis zu 5 Personen entfielen 28,7 Proz. (1908 = 27,5 Proz.), auf Großbetriebe über 50 Personen 9,7 Proz. (1908 = 9,0 Proz.) aller zu Tarifbedingungen beschäftigten Arbeiter. 1457 Tarife (69,7 Proz.) waren Firmentarife, 334 (16,0 Proz.) Ortstarife, 258 (12,1 Proz.) Bezirksstarife und 5 Reichstarife. Die Firmentarife vereinigten indes nur 19,0 Proz. der tariflichen Betriebe und 29,2 Proz. der tariflichen Arbeiter. Das Schema der Firmentarife ist in der Zunahme begriffen und besonders im Baugewerbe, in der Textilindustrie, im Bau- und Verkehrsgewerbe üblich.

Von organisierten Kontrahenten sind auf Arbeiter-seite 1497 = 74,6 Prozent, auf beiden Seiten nur 458 = 21,3 Proz. der Tarife abgeschlossen. 1400 Tarife wurden frieblich, 599 erst nach Kampfen herbeigeführt. In der Textilindustrie gelang kein einziger Tarifvertrag ohne Kampf. Hier stehen den Arbeitgebern nicht weniger als 48 Streikversicherungsvereinigungen zur Seite; da gibt es so leicht keine frieblichen Tarifverträge. Trotzdem müßten die Arbeitgeber in 175 Verträge einwilligen.

Die Vertragsdauer währte bei 77,5 Prozent aller Verträge 1 bis 2 Jahre, bei 6,7 Proz. kürzer, bei 7,8 Proz. länger, bei 8,0 Proz. unbestimmt. Die Kündigung- und Unterhandlungsfrist überstieg selten drei Monate. Die Zusammenstellung der Erfolge der Tarifbewegung läßt einen großen Fortschritt bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit und ein erhebliches Anwachsen der höheren Lohnsätze erkennen, wie eine für die Arbeiter günstige Lohnregelung selbst.

Einigungs- und Schlichtungsorgane sind in 117 (1908: 1154) Tarifen festgesetzt. Am meisten finden sich diesbezügliche Bestimmungen in den Tarifen der Baugewerbe und Nahrungsmittel-gewerbe. Sie sind aber nicht lediglich vom örtlichen Geltungsbereich abhängig, denn in den Firmentarifen ergab sich eine bedeutende Zunahme, in den Orts- und Bezirksstarifen ein Rückgang der Tarife mit Einigungsorganen.

Wag die Tarifvertragsstatistik auch noch recht mangelhaft und des Ausbaues bedürftig sein, — so zeigt doch schon allein die große Zahl der Tarife, der tariflichen Betriebe und der tariflich beschäftigten Arbeiter die große Bedeutung des Tarifproblems. Mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter arbeitet unter Tarifverträgen; in wenigen Jahren dürfte ihre Zahl sich auf das Mehrfache gesteigert haben. Die Bedeutung der Gewerkschaften als Schöpfer eines neuen Arbeitsrechts kann nicht schlagender bewiesen werden als durch diese Ergebnisse. Angehts solcher Tatsachen muß das Geschick gewisser Kreise nach neuen Ausnahme- und Zuschlagsgesetzen wirkungslos verflummen. Die Gewerkschaften haben ein so breites Fundament gemeinnütziger Tätigkeit unter sich, daß sie keinen Mutes den Anwälten der Arbeitgeberseite standhalten vermögen. Eine Million Arbeiter in tariflich geregelten Verhältnissen, — das bedeutet die Sicherung der wirtschaftlichen Lage von 3—4 Millionen Einwohnern, das bedeutet die Vermeidung von zahllosen Differenzen, die zu Neuzustreitigkeiten und Ausständen führen würden, das bedeutet endlich ein gewaltiges Stück Erziehung von Arbeitern und Arbeitgebern, für die der Staat den Gewerkschaften gar nicht dankbar genug sein kann.

Knappschäftliches.

Bohmer Knappschäfts-Vorhandlung vom 16. Dezember 1910.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird seitens der Arbeitervertreter die Fassung des Protokolls von der letzten Vorstandssitzung beanstandet. Die Arbeitervertreter hatten in der vorigen Sitzung einer Anzahl Positionen in der neuen Besoldungsordnung ihre Zustimmung verweigert. Nach diesen sollten eine Anzahl weiterer „Adjunkten“ an-gestellt werden. Die Arbeitervertreter vermuteten, daß es sich um Anstellung von weiteren Oberaktiven handelte und lehnten diese Positionen ab. In dem Protokoll über jene Vorstandssitzung heißt es aber, die Anträge der Arbeitervertreter um Streichung der fraglichen Positionen aus der Besoldungsordnung seien mit Stimmengleichheit ab-gelehnt. Der Vorsitzende erklärte, die Protokollierung sei diesbezüglich unrichtig, nicht die Anträge der Arbeitervertreter, sondern die der Positionen seien mit Stimmengleichheit abgelehnt, worüber sachungs-gemäß in dieser Sitzung noch einmal abgestimmt werden müsse. Die

nochmalige Abstimmung ergab wieder Stimmengleichheit, womit die Positionen endgültig abgelehnt sind.

Seitens des Westfälischen Bergarbeitervereins wird gegen den Vorsitzenden der Vorwürfe erhoben, in der vorigen Sitzung die Geschäftsordnung gebrochen zu haben. Und zwar, weil er sich weigerte, über die einzelnen Positionen, sowie über den Gesamtarbeitsplan abstimmen zu lassen.

Der Vorsitzende war und ist der Ansicht, er brauche nur über solche Positionen abstimmen zu lassen, die neu in den Arbeitsplan aufgenommen seien. Eine Einigung über diese Angelegenheit wurde auch in dieser Sitzung nicht erzielt.

Die Arbeitervertreter beantragten, in die neue Dienstverweisung für die Knappschaftsmitglieder die Bestimmung aufzunehmen, daß die Knappschaftsmitglieder das Recht hätten, jederzeit die Krankenführer, in denen Knappschaftsmitglieder untergebracht sind, zu besuchen und zu kontrollieren.

Es wurde nochmals abgestimmt über den Antrag der Verwaltung, mehrere am 17. September gewählte Vertreter wegen Beschlafenheit nicht zu bestätigen. In einem Falle wurde dem dahingehenden Antrag zugestimmt, die übrigen Vorschläge gegen die Stimmen der Arbeitervertreter abgelehnt.

Die am 17. September in den Sprengeln Nr. 134 (Wergershausen), Nr. 275 (Marzloch) und Nr. 278 (Obermarzloch) getätigten Wahlen werden für ungültig erklärt, dort müssen also Neuwahlen stattfinden.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Altendorf. Auf dieser Grube weht seit dem 1. November ein schneidiger Wind, welcher wohl zurückzuführen ist auf die Schneidigkeit des neuen Betriebsführers, Herrn Adhe. Seitiger war früher Obersteiger auf Grube Katharina in Kray. Auch hier war die Manni sehr beliebt unter den Kameraden, weswegen er auch schon oft die „Arbeiter-Zeitung“ liest. Sein Lieblingswort, welches er im Munde führt, ist: „Ich bestrafe Sie mit 3 Mark oder einem ganzen Saidschloß!“

Beide Friedrich der Große III und IV. Hier versucht man es, die Kohlenförderung durch Verfahren von 1/2 Heberschichten herbeizuführen. Die Anfahrt beginnt morgens 3/4 Uhr, zugleich ist aber auch eingeschlagen, daß die Anfahrt nach dem 2 bis 2 1/2 Uhr stattfindet. Es führen aber eine Anzahl Kameraden, vorwiegend aus dem Revier des Steigers Hof, nach achtstündiger Arbeit aus. Bekanntlich Steiger pagte das nicht und dazugere er sich dringend, daß er sich das merken werde.

Beide Graf Bismarck I/IV. Hier können die Arbeiter nie genug leisten. Arbeiter, die jahrelang auf dieser Grube gearbeitet haben, wurden wegen nicht genügender Leistung vom Steiger zum Betriebsführer M. beurlaubt. Dieser sagte ihnen: „Wenn ihr bis zum 1. nicht mehr leistet, was ihr bis jetzt geleistet habt, könnt ihr kündigen.“

fallen; wartet nicht bis auf die letzte Minute, wenn einer hier nicht beizien will, wird er sofort bei mir gemeldet.“ An die Gegenseite erließ er folgenden Witz: „Hauer“

„Hauer“ Ist das eure ganze Arbeit, ein Holzpfeller legen und dann das ganze nur abgeschämt. Sie kommen morgen mit mir vor der Anstalt, ich will wissen, woran es liegt, weshalb nicht mehr geleistet wird, ist das eine Leistung für zwei Mann, was wollt ihr verdienen, ist heute Mittag der ganze Holz nicht 4-5 Fuß abgeschämt, und die Steine verpackt, dann könnt ihr sehen, was ihr verdient und ich werde dem Betriebsführer melden, daß ihr nicht wollt.

„Pauserberg.“ Dieser Witz wirt auf die Verhältnisse auf Bismarck ein bezichendes Licht. Ein Kommentar könnte seine Wirkung nur abschwächen.

Beide Gustav. Der Steiger Thomas, Revier II, kennt offenbar die Arbeitsordnung nicht, wenigstens ist seine Parole der Ordnungsgemäßigkeit damit nicht zu vereinbaren. Wir können ihm darum nur den dringenden Rat geben, diesem Mangel im Interesse der Arbeiter baldigt abzuheben. Mit seiner Kenntnis der Bergpolizeivorschriften scheint er nicht besser bestellt zu sein, sonst müßte er wissen, daß es nicht gestattet ist, Arbeiter in einem geschloßenen, nicht bewehrten Brennschmelz zu schicken, um festzustellen, ob die Strecke bald durchschlägt ist.

Beide Holland, Schacht III und IV. Das hier in Blüte stehende Heberschichtenverfahren fordert die schärfste Kritik heraus. Fast jede Woche werden Heberschichten verfahren. Ja, man geht so weit und zwingt auch diejenigen Kameraden, auf der Arbeit zu überhastet. Es wird dann einfach per Anschlag bekannt gemacht, daß die betreffende Nachtschicht Samstag abends anfährt. Zu beachten ist, daß die Nachtschicht sonst des Samstags nicht anfährt. Und wie sieht es denn eigentlich mit der gesetzlichen Ruhezeit aus? Hier fahren die Kameraden einfach von der Nachmittagschicht gleich am anderen Morgen wieder an, wenn sie ihre Schicht wechseln. Man es doch vor einigen Wochen vor, daß die Kameraden von der Nachmittagschicht infolge eines Defekts am Unterseil erst abends um 11,40 Uhr heraustraten. Wer bezahlt ihnen aber die verlängerte Schicht? Trotzdem konnte man am anderen Morgen wahrnehmen, daß sämtliche Heberschichten und mehrere Kameraden, die erst nachts um 11,40 Uhr heraustraten, am anderen Morgen wieder einführen. Wo bleibt denn da die Ruhezeit? Auch mit dem Straffahren geht es immer seinen alten Lauf weiter. Strafen von über 100 Mk. an einem Tage werden verhängt und dann hauptsächlich wegen Förderns unreiner Kohlen oder Mindermaß. Aber bald jeden Morgen kann man unten im Luerichschlag bemerken, wie die Nachtschicht mehrere Wagen voll geladen hat von den Kohlen, die durch das Aufeinanderstoßen der Wagen heruntergefallen sind. Auch am Schacht geht durch die wilde Drey und das falsche Aufschließen viel Kohle verloren. Trotzdem werden aber die Kameraden bestraft. Hören doch einige Kameraden am Schacht, wie der Betriebsführer einen Steiger anschaut, daß aus seinem Revier so schlecht behaltene Waggons kommen. Als der Steiger darauf erklärte, das fände wohl auf das meiste Aufeinanderstoßen der Wagen zurückzuführen sein, wurde er vom Betriebsführer angefahren und man konnte verstehen, wie derselbe sagte: „Wenn Sie schon so etwas sagen, dann ist es kein Wunder, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ darüber schreibt!“

Müllerhütte III. Im Revier 5, 2. Sohle, I. Abteilung, Tüden trieb hier eine Kameradschaft einen Luerichschlag, wobei sie das Holz Kupah anfuhr. Das Nebengebiet war sehr schlecht, weshalb der Reviersteiger die Anordnung traf, nicht mehr Kohlen herauszunehmen, wie unbedingt notwendig war. Der Reviersteiger aber ging in Urlaub und an seiner Stelle übernahm der Hilfssteiger das Revier, welcher anordnete, daß möglichst viel Kohlen herausgenommen werden sollten. Das hatte, wie vorauszusagen war, zur Folge, daß ein großer Bruch entstand. Als der Reviersteiger wiederkam, schob der Hilfssteiger alle Schuld auf die Arbeiter. Diese erhielten daraufhin auch für die Aufwältigung des Braches nichts bezahlt, so daß sie pro Schicht nur 1,00 Mk. verdienen. Außerdem aber mußten sie sich noch als Feindesgeschimpfen lassen. Alle Beschwerden auch beim Betriebsführer fanden nichts, der Hilfssteiger behielt Recht. Die Arbeiter sind dadurch empfindlich geschädigt. Damit aber nicht genug, werden sie jetzt bei jeder Gelegenheit auch noch mit hohen Strafen belegt. Jähem Ersuchen, sie in ein anderes Steigerrevier zu versetzen, wurde nicht stattgegeben. Dieses Kapitel zeigt wieder, in welcher Weise ungeachtet mit den Arbeitern umgesprungen werden kann.

Beide Kabbes. Der Weg von und zum Schacht, den die Arbeiter zurücklegen müssen, ist bei heißen Wetter sehr heiß und schweißnass; auch müssen sie in ihrer nassen und durchgeschwitzten Kleidung, wenn sie aus der Grube kommen, manchmal noch längere Zeit vor der Lampenbude stehen, um auf ihre Karren zu räumen. Auch bei der Ausgabe der Lampen und Schichtkarten vor der Anstalt entleert manchmal ein großes Gedränge; wer beides frühzeitig genug haben will, muß sehr früh kommen. Den Arbeitern wird dadurch die Schichtzeit in ganz unnötiger und auch unangenehmer Weise verlängert. Die Lampen brennen häufig nicht; oft kommt es vor, daß eine Kameradschaft sich mit einer Lampe behelfen muß, weil nicht genügend Heberschichten da sind. Auch an Trinkwasser fehlt es in der Grube, obwohl es sehr warm dort ist. An Aufschlag fehlt es bei der Seilfahrt ebenfalls, so daß die Fudelei immer schlimmer wird. Im Jahrtausend konnte auch mehr auf Ordnung gehalten werden, damit die Arbeiter ihre Fahrten auch dort widerfinden, wo sie dieselben hingestellt haben. Ist von dem allem dem Herrn Andree nichts bekannt?

Mheinabenshütte. Hier hat sich in letzter Zeit die Anstalt eingebürgert, die Reparaturarbeiten nachts vor die Kohlenbetriebe zu stellen, um Kohlen zu fördern. Selbstverständlich werden keine Steine gestippt. Kommen dann die Arbeiter, welche an den fraglichen Betriebspunkten beschäftigt sind, morgens vor ihre Arbeit, finden sie die Kohle ausgeräumt, Steine aber nicht gestippt. Der Lehrhauer muß sich dann die ganze Schicht mit Steinerpacken abplagen und es können selbstverständlich nicht soviel Kohlen gefördert werden. Die Gebirge stehen aber schon so niedrig, daß selbst unter den günstigsten Bedingungen kaum noch etwas verdient werden kann. Unter diesen Umständen ist die besagte Anstalt des Kohlenwegraubens doppelt zu verurteilen. Sehen das denn die Herren Beamten nicht ein? Das wäre in ihrem eigenen Interesse schon sehr zu bedauern. Hoffentlich schafft man hier Wandel, damit die Arbeiter nicht weiter in dieser Weise geschädigt werden.

Beide Viktor I und II. Nachdem wir diesen Witz in letzter Zeit einer Kritik unterzogen, glaubt man wohl die Mißstände am schnellsten beseitigen zu können, wenn der Belegschaft zuerst eingeschigt wird und zwar dadurch, daß man die unzureichenden Arbeiter vor schlechteren Arbeitsbedingungen (Gebirge) schickt, wo nur 3,80 bis 4 Mk. verdient werden. Auf diese Art sucht man die - Mängel los zu werden. Dadurch werden die Mißstände aber nicht beseitigt. Wenn nach unserer Kritik und den Eingaben an das Oberbergamt es auch etwas anders geworden ist, in Ordnung ist noch lange nicht alles. Obgleich unzureichend ist, daß der Schichtführerbetrieb in Ritz Dicksch bei Steiger Sobbe nicht eingestellt wird. Eine schlimmere Menschenfalle läßt sich kaum denken. Ist doch, nachdem dort drei Mann (wovon einer gerüstet und zwei schwer verletzt wurden) unter Gesteinsmassen festzungen kamen, die Strecke schon wieder zweimal zu Bruch gegangen. Es wäre wünschenswert, wenn dort besser für Holz gesorgt würde. Geht ein Arbeiter aus der Strecke, um Holz zu beschaffen, wird er direkt mit den Worten angeleitet: „Hah, was ist denn los, wo wollen Sie hin?“ Ferner muß die Seilfahrt früher in dem Stapel beginnen. Die Arbeiter kommen meistens zu spät zum Schacht. Es wäre besser, wenn Herr Sobbe hier nach dem Rechten sehen wollte, als daß er die Arbeiter, die nicht zu allem Ja und Amen sagen, mit den Worten abzulua gedankt: „Sie mit der großen Schnauze können sich im Revier 5 melden.“ Das jämmerliche Jammern in der Seilbahn bei der Menschenförderung kann man immer nicht sein lassen. Die Bergbehörde ist von allem unterrichtet und wäre es längst angebracht gewesen, energig einzugreifen. Nach einer Anfrage an die Bergbehörde: Werden die Brände vor dem Schichtführerbetrieb wieder vollständig verpaid oder stehen die Brände voll Schlagwetter?

Beide Vondern. Wie hier manchmal mit Arbeitern umgesprungen wird, zeigt folgender Fall. Einem Schlepfer im Revier V befehlt der Fahrleiter, mit zwei Wagen zu schleppen. Als der Schlepfer ihn entgegenstellt, daß er dazu nicht in der Lage sei, weil er keine Pferdekräfte bestie, schrie ihn der Fahrleiter an: „Sie fauler Hund, machen Sie, daß Sie westommen, sonst mache ich Ihnen lange Peine.“ Als der Schlepfer zu verstehen gab, daß er keine Furcht habe, sagte der Steiger: „Du verdammter Pöbel, der Du bist, ich gebe Dir einen Tritt in den S. daß Du die Stöße in die Höhe fliegst.“ Wirklich recht gewöhnt ist die Sprache. Auch dieser Fahrleiter ein gewöhnlicher Herr sein!

Beide Wiedahtobant. Bei der Seilfahrt am alten Schacht glaubt man sich auf eine russische Schmelz befiebt. Beim Schichtwechsel sind die Arbeiter in der Waggons zusammengedrückt, wie in einer Heringslauge. Auch ist es darin oft sehr kalt. Die Löhne stehen vor manchen Betriebspunkten viel zu niedrig. Hauerlöhne von 4,10 Mk., 4,20 Mk. sind keine Seltenheit. Aber der Fahrleiter A. fragt nicht danach, ob die Kameradschaften auf die von ihm gesetzten Gebirge etwas verdienen können. Soll dadurch etwa das gute Einvernehmen gefördert werden?

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Kuttwerk Abler bei Erbedern. Auch auf diesem Werke ist nicht alles Gold, was glänzt. Wir müssen die Verwaltung auf eine Reihe tiefempfundener Mißstände hinweisen und deren Beseitigung fordern. Bei der Seilfahrt am Schacht wäre es angebracht, daß der Förderform mit einem Licht und einem Tische versehen würde, damit nicht die Leute des gleich einem Sturzloch in den Schacht fallende Wasser über sich ergießen lassen müssen und mit durchnässten Kleidern an die Oberfläche gelangen. Es müßte wenigstens für Regenmantel gesorgt werden. Die Arbeitsverhältnisse müßten auch etwas besser geregelt werden und nicht wie es bis jetzt der Fall gewesen ist, auf der einen Seite Heberschichten, auf der anderen Seite Feierschichten. Ein altes Sprichwort sagt: „Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.“ Die Feierschichten kann man nur dann hergeleitet werden, wenn die Heberschichten beschäftigt werden und ein jeder Arbeiter seine regelmäßigen Schichten verfahren kann. Die Strecken sind auch in schlechtem Zustande, sodass sich öfter eine Steinmaße von oben löst, welche auch leicht zu einem Unfall führen könnte. Ferner müßte Sorge getragen werden, daß genügend Abortlöcher vorhanden sind. Wir erwarten, daß die hier genannten Mißstände baldigt beseitigt werden. So wie von der Verwaltgung so solchen Dingen angehalten werden.

Frankfurt-Dienstedter Braunkohlewerke. Sehr viel zu wünschen lassen die hiesigen Verhältnisse. Mängel, welche man nicht über und unter Tage. Eine Luette für unzureichende Bildung der Holz- und Kohlenmangel. Ein geordnetes Arbeiten macht er ganz unmöglich. Lautsprecher sind fast gar nicht vorhanden und in der Betriebsbude fehlen noch immer die Abortlöcher. Lauter Meinungen, die aber in ihrer Gesamtheit den Arbeitern das Leben auf der Grube recht schwer machen können. Man sind in viele Kameraden der Meinung, daß der Arbeitsantrieb die Schuld an solchen Mängeln trägt, indem er nicht auf Abhilfe hinwirkt. Wenn dies zutrifft, dann werden die Arbeiter zur nächsten Ausschusssitzung eben etwas mehr auf dem Boden sein müssen. Das gleiche gilt auch für die Mangel des Treibermotors. Dieser liegt allein die Schuld dafür aufzubürden, daß in der Grube bei Knarbrunn keine Aborte vorhanden sind. Die Hauptschuld trifft nach wie vor die Grubenverwaltung selbst. Die das die Heberschichten besser sieht, als der unglücklicherweise sehr kurzfristige Heberschichtenmann. Und schließlich hat sich auch die Verwaltgung selbst etwas mehr um solche Sachen zu kümmern, damit eben die passenden Leute für solche Stellen gewählt werden. Vieles, was von der Verwaltgung moniert wird, müßte eigentlich von der Verwaltung im eigenen Interesse beseitigt werden. So z. B. liegt das Schmierer der Förderwagen doch sicher im Interesse des Betriebes, der doch darunter selbst, wenn die Arbeiter die Wagen nur mit größter Anstrengung von der Stelle bringen. Das gleiche gilt von der Beleuchtung des Tagebaues, die jetzt ganz unzureichend ist. Die Badeanstalt entspricht ihrem Zweck ebenfalls in keiner Weise. Gewöhnlich gibt nur die Hälfte der vorhandenen Preußen Wäcker. Außerdem herrscht aber in der Badeanstalt eine Unsauberkeit, daß durch sie die körperliche Reinigung der Arbeiter sehr in Frage gestellt wird. Wo das Wasser so reichlich vorhanden ist wie hier, wo die Grube einen eigenen Hofen für die Kohlenwäsche besitzt, konnte doch wohl etwas mehr für die Sauberkeit getan werden.

Grube Sedwig bei Wilschütz. In der letzten Zeit ist diese zu den Mißschöpfen Montanrevieren gehörige Grube durch den Vertretern der Gesellschaft sowie auch der Bergbehörde beschäftigt worden. Trotzdem die Mißstände auf dieser Grube ungemein zahlreich sind, glauben wir kaum, daß einer der Herren einen einzigen derselben bemerkt begre, gerügt haben kann, denn kein einziger Mißstand ist beseitigt worden. Uns diesem Grunde wollen wir uns an dieser Stelle einmal des näheren mit dieser Grube befassen. Die Mannschafsstube ist früher im Reichsinnereum gewesen, was man ihr auf den ersten Blick ansieht. Die Wände und die Decke sind wohl jahrelang nicht gelichtet worden und sehen deshalb, gelinde ausgedrückt, sehr unansehnlich aus. Von den Tischen und Bänken kann man nicht unterscheiden, ob sie aus Holz oder aus sonst was hergestellt sind, denn eine dicke Schmutzschicht überdeckt dieselben. Geringfügig sind sie wohl neuwals worden. Als der letzten wurde die Mannschafsstube mittels Dampfheizung erwärmt. In letzter Zeit ist ein Ofen zu diesem Zweck angeschafft, welcher wohl imstande ist, genügend Wärme zu spenden. Da jedoch er hauptsächlich morgens kein Feuer darin und die Arbeiter sind gezwungen, nach vollbrachter Schicht in dieser eiskalten Kälte auf das Verlesen zu warten. Wie leicht könnte das vermieden werden, wenn die Dampfheizung noch weiter benutzt würde. Seitdem die Dampfheizung nicht mehr benutzt wird, ist auch kein warmes Wasser mehr da, mit dessen Hilfe man nach der Schicht die Hände von dem größten Schmutz reinigen kann. Vor dem heutzutage man das abgehandene Dampfwasser, indem man es auf die Erde laufen ließ, wo es in einer kleinen Vertiefung einen Tümpel bildet, um nur einigermaßen den Schmutz der Hände aufzuweichen. Auch diese Möglichkeit ist jetzt den Arbeitern genommen und so müssen sie mit den schmutzigen Händen nach Hause wandern. Es besteht jedoch noch eine Möglichkeit, sich zu reinigen: die vorhandene Badeanstalt. Die meisten Arbeiter benutzen dieselbe jedoch nicht und haben sie wohl auch niemals benutzt. Vielleicht glauben sie, und das nicht ohne Grund, sie könnten sich in dieser Reinigungsanstalt noch schmutziger machen. Das Wasser ist, wenn frisch gepumpt wird, noch Schlamm als Wasser. Nur einige Brausen funktionieren. Zudem noch in allen Ecken und Enden ein Schmutz und Schlamm und bei der jetzigen Witterung herrscht ein Zugwind in der Anstalt, daß es wirklich kein Wunder ist, wenn sich nur einige wenige Arbeiter baden. Von einer hygienischen Einrichtung in Bezug auf die Badeanstalt kann man aus dem dargelegten Gründen nicht reden. Daß die Badeanstalt bei der Nachtschicht nicht beleuchtet ist, und jede Beleuchtungsgelegenheit überhaupt fehlt, sei nur nebenbei bemerkt. Die Beleuchtung der gesamten Fabrikanlage ist schlecht. Sie geschieht mittels Petroleumlampen, trotzdem auf einer zweiten, kaum 200 Meter entfernten Anlage, elektrischer Kraft- und Lichtstrom genügend vorhanden ist, um auch die Schmelzwerke, Brücken usw. zu beleuchten. Wenn bei der jetzigen Beleuchtung ein Unglücksfall passiert, braucht sich niemand zu wundern. Meistens sind in solchen Fällen die Arbeiter schuld daran, welche dann unachtsam oder betrunken gewesen sind. Als der Revierbeamte kürzlich bei einer Nachtschicht die Grube besuchte, hat er die elektrische Beleuchtung des Tagebaues als ungenügend bezeichnet. Hat er die Beleuchtung der Fabrikanlage nicht gesehen, oder als genügend befunden? In der Grube ist an allen Betriebspunkten Trinkwasser vorhanden. Das auch dieses ist öfters so dreckig, daß es nicht zu trinken ist. Auch die Eimer, in denen das Wasser aufbewahrt ist, könnten einmal gereinigt werden. Heberschicht ist in der Regel Trinkwasser nicht vorhanden. Die Abortlöcher werden unregelmäßig gereinigt. Mitunter läßt die Reinigung 8 bis 10 Wochen auf sich warten. Da man eine Desinfektion der Leeren wie auch der im Gebrauch befindlichen Mittel anscheinend nicht kennt, verbreiten dieselben einen Geruch, der jeder Befreiung spottet. Durch das Aufstellen der Abortlöcher in den Zugtrecken wird der Gestank während der Benutzung in den angrenzenden Zugtrecken, welche fortwährend befahren werden, unermesslich. Als der Revierbeamte das letzte Mal kontrollierte, fiel auch ihm der „Duft“ auf. Vorbeugungsmaßregeln sind jedoch bis heute noch nicht getroffen. Der Lohn ist der bei Kiebeds bekannt. Neben Durchschnittslöhnen von 5,00 bis 5,50 Mk. sind solche von 2,81 bis 3,30 Mk. im Gebirge zu verzeichnen. Diese Differenz liegt nicht, wie so oft in den berühmten Kiebeds „Verordnungen“ behauptet wurde, in der Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter. Satt doch

erst kürzlich ein Arbeiter 2,81 Mk. Durchschnittslohn erhalten, während er einige Tage später vor einer anderen Arbeit rund 5,00 Mk. verdiente. Wobei er versichert, daß er, als er den hohen Lohn verdiente, sich nicht so gesund fühlte, als bei dem niedrigen Lohne. Nicht die Leistungsfähigkeit des einzelnen, sondern die anscheinend willkürliche Festsetzung des Gehaltes, welche durchaus keine Rücksicht auf die Beschaffenheit der Arbeitsbedingungen nimmt ist an der Lohnunterschied schuld. Es ist bei der Volksgesundheit bekannt, daß einzelnen Arbeitern ein höheres Gehalte gezahlt bezw. das bestehende Gehalte nicht in dem Verhältnis gezahlt wird, wie den übrigen Arbeitern. Weiter besteht unter der Volksgesundheit die Ansicht, daß einige Arbeiter mit Vorbedacht nur an gute Arbeiten gestellt werden, wo sie einen hohen Lohn verdienen können. Soll durch diese Manipulationen der Durchschnittslohn möglichst hoch gehalten werden?

Weiter ist der fortwährende Mangel von leeren Wagen zu rügen. Dieser Mangel hat zur Folge, daß der einzelne Arbeiter an manchen Tagen kaum 2 Mk. verdient. Ist es einen Tag besonders schlecht gegangen, kommt dann um 12 Uhr, mitunter auch noch etwas später, der Steiger und bestellt: „Heute geht es eine Stunde länger.“ Eine Wegweisung gibt es nicht. Wer nicht mitmacht, kann den Arbeiter gleich mitnehmen. Ob die Frau zu Hause ihren Mann verzeihen und die richtige Stunde erwartet, ob sie bei der Nachtarbeit eine Stunde Schlaf einbüßt oder ob der Arbeiter während der Stunde hungern muß, weil er sich mit Essen nicht versehen konnte, was geht das alles den Beamten an! Er bestellt und der Arbeiter hat ihm Folge zu leisten. Sehr häufig geht dann auch in der Nebensunde die Förderung sehr mangelhaft, so daß der Arbeiter dann in zehn Stunden bedeutend weniger verdient, als an anderen Tagen bei normaler Schicht. Denn eine Entschädigung für die Nebenstunden oder die Zeit der Verzeihung wird nicht gewährt. Hat man dann einige Tage gut verdient, so geht man trotzdem am Lohnstage mit 19 bis 22 Mk. nach Hause. Ist jedoch der Herr Berginspektor Urth, bekannt durch eine kürzlich in der Öffentlichkeit erschienene, von ihm unterzeichnete Verurteilung, oder der Obersteiger in der Grube, dann sind in der Regel Betriebsstörungen nicht zu vermeiden und auch immer genügend leere Wagen vorhanden.

Bei Berechnung des Lohnes sind die Arbeiter außerstande, ihren verdienten Lohn nachzurechnen. Sie müssen den ihnen an Lohnstage übergebenen Lohn auf Treu und Glauben als richtig annehmen. Trotzdem der Lohn nach den geförderten Wagen berechnet wird, ist auf dem Lohnzettel nur enthalten die Anzahl der befahrenen Schichten und zweitens der auf jede Schicht entfallende Durchschnittslohn. Welche Wagenzahl der Berechnung zugrunde gelegt wurde, ist nirgendwo zu erfahren. In früherer Zeit wurden die jeden Tag geförderten Wagen auf ein in der Mannschicht ausgehängtes Brett aufgeschrieben. Auf Grund dessen konnte jeder Arbeiter nachprüfen, wieviel Wagen bei Berechnung seines Lohnes zugrunde gelegt wurden und ob diese Zahl mit den von ihm tatsächlich geförderten Wagen übereinstimmte. Dies Verfahren wird noch heute auf allen anderen Nebenstellen Gruben geübt. Auf Grube Hedwig ist dies jedoch schon seit Monaten nicht mehr der Fall. Warum nicht, wissen die Götter. Vielleicht macht es den betreffenden Beamten zu viel Arbeit.

Ein weiterer Mangel ist der schlechte Zustand der Wagen. In vielen Wagen sind die Achsen locker, an anderen zweierlei Räder, an wieder anderen sind die Räder in schlechtem Zustande und so fort. Alle diese Wagen sind schwer zu transportieren, laufen von den Schienen und Planken und verursachen den Arbeitern unnötige Mühsal. Auch das Schmieren der Wagen könnte häufiger geschehen. Einzelne Wagen müssen oft zwei bis drei Wochen gehen, ehe sie von neuem gefahren werden können.

Wie aus vorstehendem ersichtlich ist, gibt es auf Grube Hedwig bei Wilsdorf viel zu kritisieren. Da die Beschwerden der Arbeiter bei den Beamten nicht genügt, müssen wir den Weg der öffentlichen Kritik wählen. Wir wissen, daß letztere von den Herren Beamten nicht angehen. Das Forsuchen nach dem Einsender einer kürzlich in der Öffentlichkeit erschienenen Notiz beweist uns dies zur Evidenz. Die Herren Beamten haben es in der Hand, diese Kritik zu vermeiden. Sie mögen den Missethänden entgegenarbeiten, sich bemühen, jeden Missethäter zu bestrafen und jede begründete Beschwerde zu untersuchen, dann haben auch sie Ruhe vor der in ihren Kreisen so gefährlichen öffentlichen Kritik.

Über dem allem mögen aber die Arbeiter nie vergessen, daß die gewerkschaftliche Organisation sich zur Aufgabe gestellt hat, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und den Arbeitern einen möglichst hohen Lohn zu sichern. Darum Sorge jeder dafür, daß jeder bisher noch unorganisierte Kamerad sich dem Bergarbeiterverbande anschließen. Völlig aber vor allem eure Kameradschaftsliebe durch kameradschaftliches Verhalten bei der Arbeit und mannhaftes Eintreten für eure Rechte gegenüber dem Bergwerkstapital und seinen Trabanten.

Grube Ludwigshall bei Wolframshausen. Die Löhne sind im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen viel zu niedrig. Es beträgt der Schichtlohn für Förderleute 3,20 Mk. pro Schicht; denselben Schichtlohn erhalten auch jugendliche Arbeiter, die nicht zur Förderung verwendet werden können. Im Gedinge können bei angestrengtem Fördern pro Mann 4 Mk. verdient werden. Es ist aber schon vorgekommen, daß infolge der langen Strecken, die gefahren werden müssen und infolge der widrigen Verhältnisse, unter denen die Förderung vor sich geht, Förderleute mit 2,72 Mk. pro Schicht ausfahren mußten, ohne eine Vergütung erhalten zu haben. Die jugendlichen Arbeiter setzen sich in Bezug auf Verdienst ebenso gut, wie die Förderleute im Gedinge, wenn man berechnet, daß dieselben infolge der geringeren Körperanstrengung (gemeint sind die Hauer, Aufsteiger, Aufsteiger, Förderleute usw.) jeden Monat einige Schichten mehr verdienen, wie die Förderleute, die im Gedinge arbeiten. Die Förderwagen werden fast gar nicht oder nur äußerst selten geschmiert, so daß es vorkommt, daß ein Fördermann einen Wagen allein gar nicht fortbewegen kann und dadurch seinen Kameraden zu Hilfe nehmen muß, wodurch aber ein Unfallsfall entsteht und somit die nötige Anzahl Wagen nicht geliefert werden kann, infolgedessen auch der Lohn geringer wird. Bekommt der Fördermann zu Anfang der Schicht einen so schweren Wagen und er will denselben unter Aufsichtung seiner ganzen Kraft allein vorziehen, um keinen Unfallsfall zu haben, so entkräftet er sich für die ganze Schicht. Sehen das die Steiger oder Aufsteiger oder die Kameraden beschweren sich, so bekommen sie nicht einmal Antwort, sondern die Herren gehen teilnahmslos vorüber. Bei uns in der Grube gibt es einige Strecken, in denen es sehr heiß ist; man bekommt durch die Hitze und den Schweiß, den man fortwährend einatmet. Durch, deshalb ist es, schon seitdem der Schichtlohn eingeführt, daß die Volksgesundheit in die Grube gekommen. Jetzt scheinen die Herren Steiger dies nicht mehr für notwendig zu halten, hauptsächlich Herr Steiger Hoffmann scheint es darauf abgesehen zu haben, die Anzahl mit Dürst zu quälen. Ist es doch vorgekommen, daß, nachdem zur Selbsthilfe geschritten war, ein Kamerad aus Angst, der Aufsteiger Peter Körner schrie, wie es übrigens öfter vorgekommen ist, in die noch unerste Strecke fuhr und dann mitten in der Strecke zusammenbrach. Als man ihn herabgeholt hatte, konnte man ihn nicht einmal einen Tropfen Wasser reichen, weil im ganzen Bau kein Wasser war. Dem Herrn Steiger Storz wäre zu empfehlen, sich im Umgang mit den Verletzten etwas mehr Bildung anzueignen. Zu einem Kameraden, der an einer Stelle das Gleis etwas gehoben hatte, weil es sich gelockert hatte, sagte er: „Sie Hampelmann, ich jage Sie auf der Stelle fort, denn Sie sind zu dumm.“ Dabei sprang er mit geballten Fäusten im Steigerbarren umher. Strafen sind an der Tagesordnung und zwar wird jede Kleinigkeit bestraft und dann auch in ausgiebiger Weise. Früher wurde für jeden, der bestraft wurde, ein Strafzettel geschrieben, jetzt werden Zettel geschrieben, auf denen zehn und mehr Namen stehen, da für die einzelnen Zettel die beiden großen Ketten nicht ausreichen würden. Da die Hauer alle von den Förderleuten zwei Drittel befristet sind, ist es sehr schmerzhaft, wenn von dem geringen Lohn auch noch die Strafen abgezogen auszugehen, daß die Leute nicht verdienen sollen. Wenn die Kameraden nach beendeter Schicht zu ihm an die Bude kommen und ihre Wagen abgeben, die sie gefordert haben, und es fehlen ein oder zwei und sie geben den Grund an, z. B. daß es an leeren Wagen mangelte oder daß das Gleis kaputt war oder öfters geschossen wurde, antwortet er nicht einmal, trotzdem er berechtigt ist, die fehlenden Wagen zurückzugeben. Wie es überhaupt scheint, ärgert sich der Mann sehr, daß er das Sprechen gelernt hat. Zu zwei Kameraden, die in einer Strecke 28 Wagen gefördert hatten, sagte er, er könne jedem nur 12 Wagen schreiben, da sie sonst zu viel verdienen; die Kameraden bezweifelten 35 für 28 Wagen. Die Aufsätze in der Karte sind viel zu dicht aneinander, so daß die reine Mischung und Befehle mit der ihm zugehörigen ganz dicht zusammenhängt, so daß alles überflüssig wird und auch die gewöhnlichen Abschnitte nicht bis zur nächsten Schicht

trocknen und deshalb nah angezogen werden müssen; im Winter ist dies sehr empfindlich. In der Wadefaute sind im ganzen drei bis vier Frauen, aus denen Wasser läuft; es stehen unter jeder Brause 15 bis 20 Mann. Dabei sind die Brausen so klein, daß höchstens zwei Mann sich gleichzeitig baden können. Auch sind die Eingeblichen mit in der gemeinsamen Wadefaute. Die Saure ist vom Saugte ungefähr 70-80 Liter entfernt. Es ist dies im Winter höchst gesundheitsgefährlich, wenn man bedenkt, daß die Kameraden so durchgeschwitzt sind, daß sie ihre Hosen ausweingen können. Semden werden deshalb bei der Arbeit gar nicht getragen. Es könnte doch ein überhafter Gang gemacht werden oder ein Gang unter der Wadefaute. Es gäbe noch viele andere Beschwerden, aber es würde zu viel Raum in Anspruch nehmen, wollte man sie alle aufzählen. Das bedauerlichste ist nur, daß die Kameraden das zwar einsehen, aber keine Veranlassung treffen, eine Änderung herbeizuführen. Dies wäre nur möglich, wenn alle dem Bergarbeiterverbände beitreten würden. Hier ist aber noch keine nicht die Hälfte organisiert und das Speichelledertum und das Bauchschmerzen vor den Vorgesetzten ist hier so eingebürgert, daß ein Steiger sich im Verlaufe einer kleinen Streitigkeit zu einem Kameraden äußerte: „Hören Sie auf mit der Kameradschaftlichkeit, hauptsächlich hier auf Ludwigshall.“

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Adnigin Luise-Grube bei Jabze. Nach allen Regeln der Kunst wird auch von den staatlichen Bergwerksverwaltungen gefordert. Auf den Vorenbefahrungen (Stift) wo täglich bis 2800 Wagen à 12 Zentner gefördert werden, ist nur ein Mann zum Wagenführer vorhanden. Unter diesem Umstand haben die Wagenführer viel zu leiden. Die ungeschmierten Wagen gehen schwer und pfeifen monotonal nach Schaltern. Die Herren Aufsteiger und Steiger sehen das nicht ein, sondern befehlen die Wagenführer noch durch Fußtritte wie „faule Hunde“, „faule Hunde“ usw. Es gibt sehr viele alte Knaben, welche um Arbeit bitten, aber abgewiesen werden, diese Leute könnten ganz gut das Wagenführeramt ausführen. Wir ersuchen die königl. Bergwerksverwaltung, unsere Wünsche zu berücksichtigen und mehrere Wagenführer einstellen zu wollen. Der Steiger Neumann, an den wir uns in der Sache mehrmals gewandt haben, hat nichts unternommen.

Weihnachts-Botschaft.

Das Lied der Liebe wird jetzt neu gesungen,
Wie es schon bald zweitausend Jahr' geklungen,
Doch sind die Elendsketten nicht gesprungen. —

Die Armut soll verschwinden hier auf Erden,
Der Fröner soll vom Druck entlastet werden,
Und enden sollen Mühsal und Beschwerden. —

So tönt die frohe Botschaft immer, immer,
Und neu erglänzt der Hoffnungsrosenschimmer,
Doch die versproch'ne Zahlung, sie kommt nimmer. —

Und wird auch nach Jahrtausenden nicht kommen,
Wenn wir nicht selbst die Bess'ung vorgenommen
Zu uns'rem Heile, zu der Menschheit Strommen. —

Erst wenn zu einem einzigen Verbande
Vereint wir sind, Proleten aller Lande,
Erst dann kommt dieses Paradies zustande. —

B. B.

Minister und Arbeitervertreter.

In der Tagespresse wird folgende Erklärung veröffentlicht:

„In der Reichstags-Sitzung vom 7. Dezember dieses Jahres sagte der Herr Staatssekretär v. Delbrück gegen die Zulassung der Arbeitervertreter als Arbeitsstammesmitglieder laut Stenogramm:

„Wenn nun derselbe Arbeitervertreter, der diese Forderungen draußen in seiner Meinerkonferenz formuliert hat, und der sie hier im Reichstag vertreten hat, in der Arbeitsstammes sitzt und gemäßigteren berufen ist, über seine eigenen Anträge, über seine eigenen Formulierungen und Forderungen eine Entscheidung zu treffen, so ist das unzulässig; und selbst wenn er im Laufe der Verhandlungen geneigt sein sollte, sich davon zu überzeugen, daß er in seinen Forderungen etwas zu weit gegangen ist, daß er sich in einem Punkte geirrt hat — das kann ja jedem einmal passieren —, so wird es für ihn nicht immer ganz leicht sein, das offen einzugehen. Wir ist doch manchmal gesagt: Ja, Sie haben ganz recht; aber unsere Leute draußen im Lande! Abgeordneter Hue: Wer hat das gesagt? Die preussischen Landräthe! — Herr Hue, ich brauche keine Namen zu nennen; denn Sie glauben es mir ja auch so! (Große Heiterkeit. — Abgeordneter Hue: Von hier ist es aber keine gewesen!) Ich habe nicht nach einer bestimmten Seite des Hauses, sondern geradeaus gesprochen. (Erneute Heiterkeit.)

Meine Herren, dieses Beispiel zeigt sehr klar, in wie schwierige Lagen ein Arbeitervertreter kommen kann, wenn er in Fällen, wie den eben von mir erwähnten, über seine eigenen Vorschläge und Wünsche in einer Sitzung der Arbeitsstammes zu befinden und mit zu bereden hat. Nun werden Sie sagen: Ja, das mag sein, solche Fälle sind denkbar; aber immerhin geht auf diese Weise der wertvolle Rat der Arbeitervertreter den Arbeitsstammes, den Behörden und ihren Verhandlungen verloren! Mit nichten, meine Herren! Wenn ich die Wünsche der Arbeitervertreter zu hören die Mühe und das Bedürfnis habe, dann brauche ich keine Arbeitsstammes einzuziehen. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe die Freude, die Herren zu einem großen Teil hier zu sehen (Heiterkeit); ich habe die Freude, sie auch gelegentlich zu mir kommen zu sehen.“

Herr Delbrück berichtet also, ihm sei „manchmal“ von Arbeitervertretern — eine andere Erklärung läßt der Zusammenhang nicht zu — die Nützlichkeit seiner Zulassung zwar bestätigt worden, aber die betr. Personen hätten dies nicht öffentlich zugeben wollen, weil sie mit ihren Leuten „draußen im Lande“ nicht in Konflikt kommen möchten. Mit anderen Worten: Die tragischen Arbeitervertreter haben in Unterredungen mit Herrn Delbrück gelegentlich zugegeben, was sie „draußen im Lande“ bestritten.

Daß Herr Delbrück ein solches Doppelspiel beobachten konnte, bezweifle ich nicht. Aber was für Arbeitervertreter und Arbeitervertreter hat er so kennen gelernt?

Einer meiner Fraktionskollegen teilt mir mit, daß ihm der Zentralausschuss und Arbeitervertreter Beder (Krausberg) ziemlich deutlich zu verstehen gab, Herr Delbrück habe sich auch nicht gemieint! Also wäre ich einer von den „Arbeitervertretern“, die im tragischen Gespräch mit Herrn Delbrück zugegeben haben, unzulässig oder auch nur schwer durchführbare Forderungen „draußen im Lande“ zu vertreten.

Da ich aus vieljähriger Erfahrung weiß, weissen sich unsereins von Herrn Beder und seinen Kollegen zu versehen hat, so ersahre ich knapp und klar: Ich war nie bei Herrn Delbrück! Ich habe nie mit Regierungsbekanntem trauliche Zwiesprache über irgend welche sozialpolitische oder parteipolitische Fragen gepflogen! Ein einziges Mal folgten mein Freund Sachse und ich einer Einladung des jetzigen Reichsanwalters, Herrn v. Wichmann Hollweg, zu einer Aussprache über das „Schwarz-Liste-System“ in der Bergbau- und Hüttenindustrie; mit uns nahmen die Herren Wiesberts und Behrens an der Konferenz teil. Daß wir dabei genau dieselbe Stellung zu der Sache wie in der öffentlichen Reichstags-Verhandlung eingenommen haben, dafür ist Herr v. Wichmann Hollweg Zeuge. Ich sehe übrigens keinen Grund, warum ich einer Einladung eines Regierungsvertreters zu einer Aussprache über aktuelle sozialpolitische Fragen nicht folgen sollte; wir verlangen vielmehr von den Herren, daß sie sich nicht nur durch Vertreter der Industriellen informieren lassen.

Als eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen muß ich aber das Verhalten der „Arbeitervertreter“ bezeichnen, deren Doppelspiel Herr Delbrück enthielt. Daß der Herr Staatssekretär weder mich noch einen meiner Fraktionskollegen bei sich gesehen, er demnach keinen sozialdemokratischen Abgeordneten gemeint hat, das wird, davon bin ich überzeugt, Herr Delbrück gern bekräftigen.

Otto Gucc.

Kamerad Hue hat gut daran getan, dem Herrn Beder, Krausberg, so heinzulenkten. Was wir von den M.-Glabbachern alles schon an verletzten und offenen Verdächtigungen erduldet haben, verpflichtet uns, den Herrschaften genau auf die Finger zu sehen. Da keiner der Unsrigen als Doppelspieler in Frage kommen kann, Minister Delbrück aber jedenfalls nicht gekunkert hat, so bleibt nichts übrig, als die „Arbeitervertreter“, die beim Minister nicht vertreten was sie „draußen im Lande“ sagen, etwa in der Umgegend des Herrn Beder, Krausberg, zu suchen.

Aus dem Kreise der Kameraden.
Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Oberschlesische Arbeiter auf den Stinneszechen.

Wir nehmen Bezug auf den in der „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 40 vom 3. d. M. unter der Spitzmarke „Oberschlesische Arbeiter auf den Stinneszechen“ gebrachten Artikel und teilen folgendes mit:

1. Es ist unrichtig, daß den ober-schlesischen Arbeitern der in dem genannten Artikel erwähnte Lohn versprochen ist (für Schleppler 4-5 Mk., für Hauer 6-7 Mk.). Richtig ist, daß ihnen ein Lohn von 3-4 Mk. für Schleppler bezw. 5-6 Mk. für Hauer versprochen worden ist.
2. Unrichtig ist, daß die Arbeiter keinen schriftlichen Vertrag erhalten haben. Richtig ist, daß mit ihnen ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen worden ist.

Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir Sie um vorstehende Berichtigung des vorerwähnten Artikels.

Geschäftsbüro
Deutsch-Rugenburgische Bergwerks-Aktiengesellschaft.
Sneyper.

Die Verwaltung der Stinneszechen „berichtigt“ da etwas, was sie gar nicht weiß. Jedenfalls werden die Arbeiter auch wissen, was ihnen versprochen wurde. Wenn übrigens ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen wurde, müßte er doch auch Bestimmungen über die Lohnhöhe enthalten. Das aber scheint nicht der Fall zu sein. Die Berichtigung kann uns daher nicht überzeugen.

Sicherheitsmännerwahl auf Hannibal I.

In Meibier 10 fand hier eine Erziehungswahl statt, wobei Stimmen erhielt der Kandidat 88, der Bechtelkandidat 88, der Hauptkandidat 48 Stimmen. Bei dieser Wahl gingen die „Christen“ mit der Fede zusammen. Es kommt noch hinzu, daß etwa 20 Verbändler aus dem Meibier verlegt wurden, darunter mehrere, die als Kandidaten aufgestellt resp. in Aussicht genommen waren. Dafür wurden eine Anzahl „Bürgerliche“ in das Meibier hineingeschoben. Fede und „Christen“ haben also mit vereinten Kräften unter Anwendung recht unchristlicher Mittel „gesiegt“.

Gelber Werkverein auf Zechen Gussau.

Die Zechen Gussau hat durch Anschlag den Arbeitern kund getan, daß sie sich zwecks Gründung eines Werkvereins beim Markenkontrollrat melden sollen. Der Anschlag lautet: „Diejenigen Werkvereinsmitglieder, welche nach keinem Verbandsangehörigen, können sich zwecks Gründung eines Werkvereins beim Markenkontrollrat melden.“ Die offizielle Gründung hat bereits am Sonntag, den 11. Dezember, in der Wirtschaft Sauerhag stattgefunden. Ein Feilschauer mit Namen A. u. w. angeblich Bergarbeiter auf Zechen Langenbrunn, ist vier Wochen bei der Firma Stinnes auf Zechen Gussau beschäftigt gewesen und hat die Vorarbeiten gemacht. Aber was allem die Krone aufsetzt, ist, daß am Sonntag in der Versammlung bei Sauerhag von den 17 anwesenden Vergleuten der Vergnamm Windschuh, in Stoppenberg wohnhaft, angeblich als provisorischer Vorsitzender gewählt worden ist. Dieser Windschuh war früher mal Mitglied der sozialdemokratischen Partei und des Bergarbeiterverbandes, er wurde damals aus der Partei hinausgeworfen, weil er sich in Gemeinschaft mit einem Kampan Lureldigkeiten zugeben kommen ließ. Dem Grubenkapital sind aus demselben solche Elemente recht, es kann sie für ihre arbeiterfeindlichen Pläne gut gebrauchen. Wir glauben bestimmt, daß die Mehrzahl Vergleute nicht unter die Fittiche der gelben Arbeiterführung kriechen. Die beste Antwort der Bergarbeiter auf diese neue Gelbengründung ist unermüdete Agitation für den Bergarbeiterverband.

Ein „gebildeter“ Bergwerksdirektor.

Unter dieser Überschrift finden wir im „Technischen Grünbeamten“, dem Organ des Steigerverbandes, einen Artikel, dem folgendes entnehmen:

Auf Zechen Graf Schwerin bei Cajtrop, auf der Bergwerke direktor Fungo das Zepher führt, ist vor Jahresfrist der Obersteiger B., nachdem er 7-8 Jahre die Stellung zur Zufriedenheit des Direktors ausgefüllt hatte, gegangen worden. In den letzten 3 Monaten hat der Direktor ihn nebenbei noch 44 und 42 Mk., Summe 96 Mk., Prämien gestrichen. Da der Obersteiger annahm, daß diese Prämienentziehungen zu Unrecht erfolgt seien, erhob Klage. Am Freitag, den 18. November, fand nun ein Termin dieser Angelegenheit statt, in dem der Vertreter des Klägers an eine Unterhaltung erwählte, die zwischen dem Direktor B. und dem Obersteiger kurz vor der Prämienentziehung stattgefunden hat und die beweisen sollte, auf welchem Bildungsniveau der Klage steht, der mit einem Federstrich einem Beamten das Einkommen ganz erhebliche Beträge kürzen kann.

Direktor B., der Obersteiger und ein Zeuge F. beschreiben kurz vor der vorerwähnten Prämienentziehung gemeinsam ein Neuk bei dieser Gelegenheit prunkte der Direktor die schlechte Förderung Da der Obersteiger Gegenstände ausführte, wurde B. aufgebracht und sagte: „Ach was, lassen Sie mich am ...“

Der Obersteiger erwiderte nun, ebenfalls wütend: „Was, ich f Sie am ... lassen? Nein, das tut Obersteiger B. noch lange nicht! Da jagte der Direktor: „Nenn's, wenn Sie nicht gleich! Schamaze hatten, ich ... ich Ihnen in den Hals!“

Ein weiterer Kommentar zur Heurückung des Direktors überflüssig. Man müßte dann Worte gebrauchen, die genau die selben Ziel erreichen, den man beim Niederdrücken der Unterhaltung empfindet und der von jedem anständigen Menschen sicher auch bei Lesen dieser Zeilen empfunden wird. Beint werden muß ab daß getade in dieser persönlichen Rücksichtslosigkeit, die nicht n von Direktor B. allein, sondern von einer erheblichen Anzahl seiner Kollegen und anderer höherer Betriebsbeamten ausgeht wird, l Ursache der weitgehenden Erbitterung zu suchen ist, die nicht n die Arbeiterkraft, sondern auch die Beamtenkraft des Ruhrbe laves durchzieht. Diese Erkenntnis muß doch allgemach auch de anständigen Teil der höheren Beamten dämmern. Und angründ solcher Vorwissenisse, wie hier geschildert, sollte sich doch dieser d die Frage vorlegen, ob es nicht angebracht ist, gegen solche Au wüchse auch von seiner Seite Front zu machen.

Wenn schon höhere Beamte eine solche Behandlung über sich e gehen lassen müssen, wie mag sich dann erst die Bildung solcher Herr Arbeitern gegenüber äußern, wenn diese mit Wünschen oder e schweben an einem solch „gebildeten“ Direktor herantreten. e Ansehlich auf eine so „gebildete“ Behandlung muß jeden Arbeiter a haben, Beschwerden usw. bei der Direktion vorzubringen. Was wür wohl der Herr Direktor sagen, wenn ihm bei Differenzen mit Unte gegeben mit gleicher Münze heimgezahlt würde?

Die „Wahrheitsliebe“ des „Bergknappen“.

Unter der Rubrik Zechen Deutscher Kaiser II/V brachte die Ar. des Zechen „Bergknappen“ eine Notiz, in welcher behauptet wird, de das Ausschussmitglied W. sich geweigert haben soll, von einem Kameraden einen Untersuchungsantrag entgegen zu nehmen, ebenso soll de Kamerad „Schachtelreiter“ werden. Zunächst möchten wir nu richtigstellen, daß W. überhaupt nicht zum Arbeiterausschuß gehört folglich kann er auch keine Untersuchungsgejuude entgegennehmen, dann selbige ihre Erledigung finden. W. hat aber den Antragsteller bei Gejuuch an das zuständige Arbeiterausschußmitglied verwiesen. Bei die Anstellung des W. anbelangt, so können wir dem „Bergknappen“ nur mitteilen, daß sich W. aus gesundheitslichen Gründen („Augenleiden“) aus dem Bau heraus gemeldet hat. Im Schacht als „Aufsteiger“ muß W. heute ebenso Wagen schieben, selbstverständlich auch aufpassen

wie es andere „Ruffeher“ auch müssen. Wir wollen hier aber feststellen, daß, als das Ausschußmitglied Theig vom Gewerbeverein in den Arbeiterausschuß gewählt wurde, er sofort Fahrhauer wurde. Nun, lieber „Bergknappe“, wie schmeckt dieses?

„Bergknappe“, lehre vor der eigenen Tür.

Große Unzufriedenheit soll nach der Nr. 50 des „Bergknappen“ unter unseren Mitgliedern im Bezirk Buer herrschen. Er behauptet, daß der Verbandsälteste Senzig aus Erle nach zurückgelassenen Verbindlichkeiten nach Amerika gemacht sei. Solches soll nun den Ansehen erwecken, als wenn Senzig Verbandsgegner beruntertrete. Senzig hatte keinen Posten im Verbandsrat, nahm also kein Verbandsgehalt ein und konnte somit auch nichts unterschlagen. Solches weiß der „Bergknappe“ recht gut, doch er will uns zeigen, was er kann: Lüge nur jezt drauf los...

Auch führt er an, daß die Verbandseinnahmen im hiesigen Bezirk seit Januar zurückgegangen seien. Wo ist solches in den einzelnen Gewerkschaften wohl nicht der Fall? Wir haben jedoch den Rückgang wieder eingeholt und können nach wie vor unsere Abrechnung sehen lassen. Sie steht es denn mit der Abrechnung im „Bergknappen“? Wir sind mit unserem Erfolge im hiesigen Bezirk zufrieden. Nicht rückwärts, sondern vorwärts marschieren wir hier, und dieser gesunde Fortschritt läßt sich auch durch einen so dummen Quatsch nicht hemmen.

Eine Unzufriedenheit herrscht hier allerdings unter den Bergarbeitern. Diese Unzufriedenheit äußerte sich sehr heftig bei den letzten bergmännischen Wahlen. Da zeigte es sich recht deutlich, womit die Kameraden unzufrieden sind. Zu öffentlichen Versammlungen zeigte es sich auch später noch. Wir sind hier tatsächlich bald so weit, daß öffentlich die „Bergknappen“ Leute gar nicht mehr auftreten dürfen. Die hiesigen Bergarbeiter wollen sie durchaus nicht mehr hören. Oder ist es nicht wahr? Denke man mal an die Versammlungen von den Wahlen ab bis heute. Und was fängt man auf jener Seite nicht alles an, um noch ein paar Mitglieder zu behalten! Die Wähler holt man den eigenen Mitgliedern aus dem Hause. Man jagt ihnen, daß sei Eigentum des Gewerbevereins, die verwalte jezt die Ortsverwaltung. Warum wohl so vorsorglich? Nun, wir wissen es. Nur um die Mitgliederzahl aufzuhalten. Von allen unseren hiesigen Zahlstellen wurde uns gemeldet, daß sehr viele Gewerkschaftskameraden übertraten wollten, aber sie könnten ihr Buch nicht mehr in die Finger bekommen. Die Boien geben sie nicht mehr heraus.

Ein gesundes Fressen sind nun die beiden seider vorgelommenen Fälle von Horstermarkt und Dechhausen für diese „christlichen Sittenwächter“. In diese Sorte wird auch Christus gedacht haben, als er sagte: „Du siehst den Splinter in des Bruders Auge, aber den Balken im eigenen Auge siehst du nicht.“ Und dieser „Balken“ gibt es dorten zu viele. Aber alle, die dort mit den „Balken“ herumlaufen, sind treue Kirchengänger. Ein „Bergknappen“ hote W. von Menckfort unterschlug feinerzeit dem Gewerbeverein ca. 70 Mk. Ein Mann, welcher als Denunziant jedem Menschen dortiger Gegend bekannt ist. Ein anderer aus der Werkenstraße, vom selben Orte, unterschlug ca. 125 Mk. Einer echt „christlichen“ Leuchte, Sch. aus Gladbach, wurden über 300 Mk. Gewerbevereinsgelder aus einer Staffelfasse „gestohlen“. Auch aus Buer, Böttrich, Schonnebeck usw. sind uns viele solcher Fälle bekannt. Der „Bergknappe“ hätte demnach alle Ursache, vor seiner eigenen Tür zu scheitern.

Gewerbevereins-„Christen“ in Ueberruhr vor dem Zehnkarren.

Als die Sicherheitsmännerwahlen auf Zeche Heinrich getätigt waren, bemühte sich der „Bergknappe“, aus dem Ergebnis derselben nachzuweisen, daß der Verband beanspruchen könne, Jederverband genannt zu werden. Die in Ueberruhr im vorigen Monat getätigten Gemeinderatswahlen haben aber gezeigt, welcher Geist die „Bergknappen“ leitet beherrscht. In einer in dieser Angelegenheit von dem Hauptvorsitzenden des Gewerbevereins behufs Aufstellung der Kandidaten abgehaltenen Versammlung wurde auf Vorschlag eines Gewerbevereinsleiters der Betriebsführer der Zeche Heinrich und ein Hauptlehrer mit ins Bureau gewählt. Die soeben auch wieder von einem Gewerbevereinsmitglied eingereichte Vorschlagsliste der dritten Abteilung hat Ueberraschungen. Der erste Vertrauensmann der hiesigen Zahlstelle Gewerbevereins, der schon lange Jahre dem Gemeinderat angehörte, wurde, weil er keine „Arbeiterpolitik“ betreiben gelassen, aber der Wähler der ersten Abteilung, Betriebsführer bei, wurde wieder für die dritte Abteilung in Vorschlag gebracht. Gegen den Vorschlag wandte sich sogar der erwähnte Lehrer, da ein Betriebsführer neben dem Zechendirektor im Gemeinderatkollegium doch im Interesse der Zeche stimmen könne. Auch ein Verbandsrat wandte sich an die organisierten „Bergknappen“ Leute und ist ihnen vor, daß sie ihre Interessen doch nicht durch einen Betriebsführer wahrnehmen könnten. Das alles konnte aber nichts helfen. Durch den „Bergknappen“ Erleuchten hielten die Kandidatur Betriebsführers für den Gewerbeverein als eine betriebliche. Gleich also in Vorschlag. Anders war es mit ihrem ersten Vertrauensmann. Derselbe mußte von den am Orte anwesenden, einflussreichen Persönlichkeiten an anderer Stelle empfohlen werden. Ein d zum Laden! Der Betriebsführer soll Arbeiterinteressen vertreten und der langjährige Vertrauensmann des Gewerbevereins wird an anderer Stelle aufgestellt, um auch ferner in ihrem Interesse zu sein. Die Gewerbevereinsleute hätten mit ihren 200 wahlberechtigten Mitgliedern es mal endlich durchsetzen können, die am eingetragene Knechtseligkeit zu überwinden. Leider muß Eigenheit hier schon alles angefahren haben. Am Tage der Wahl haben sich auch beinahe sämtliche Gewerbevereinsmitglieder für den Betriebsführer entschieden. Zwar auch auf 80 Prozent für ihren Vertrauensmann, und sind die beiden auch gewählt worden. Als vor der Wahl gen Gewerbevereinsleute Nachhaltungen gemacht wurden, daß sie als verlässlicher sich doch nicht ergeben könnten, für einen Betriebsführer eingetreten zu sein, meinten sie: Wenn sie in der dritten Abteilung nicht so gehandelt hätten, würde man in der ersten Abteilung in ihnen nachstehenden (für hohe Fülle schämarmenden) Landwirt in lassen und darum hätten sie nicht anders gekonnt. Wenn das Reichheit letzter Schluss ist bei diesen Gewerbevereinsleuten, mögen sich begnügen lassen. Der erwähnte Landwirt jagte nach der Wahl gleich der unterlegenen Minorität der ersten Abteilung: „Das es die sich doch wohl denken können, daß sie gegen uns Zehnkarrerei ausrichten konnten.“ Also Gewerbeverein, Zeche und Fleischter ziehen an einem Strange!

Christliche Gewerbeverein als Organisationsvernichter.

Der Bergarbeiterverband will den Gewerbeverein kaputtstreifen, ihn die Wand drücken und dann die Fahne der Revolution entfalten! Es Currogat christlicher Weisheit ist im Laufe der Jahre durch verbereinsführer den Gewerbevereinsmitgliedern oft vorgelegt worden. Ein Zusammengehen des christlichen Gewerbevereins mit den jänden wäre des ersten Untergang. So heißt es auch in der christlichen räumlichen Mätternal. Wir haben auf diese Art der Agitation die Antwort gegeben. Für heute wollen wir zeigen, wie der ererbte sich einmal als Organisationsvernichter aufgespielt hat. Denken nicht an den Kampf des Gewerbevereins gegen uns, denn auch die Absicht besteht, auf diese oder jene Weise zur Vernichtung Verbandes beizutragen, so beweist unsere Existenz, wie gut der Verband bei diesem Vernichtungskrieg seine Gesundheit bewahren kann. Man denkt unwillkürlich an den Wops, der den Mond durch n zu vertreiben versucht. Mein, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter ging einmal an wachsende Vernichtung einer Organisation heran, die sich im ge rland gebildet hatte, zuerst dem Gewerbeverein angegliedert später aber, durch das Auftreten August Brunts a n d e r t, sich wieder selbständig machte! Wir meinen den christlichen Bergarbeiterverband für Siegen und Umgebung (Stz Eijer). Um diesen Verband wieder in den Gewerbeverein hineinzubringen, es schwere Auseinandersetzungen gegeben. Man sprach da vom effer im Leid ru m d r e c h e n und d e r l e i t e n g e m e i n e n. Die Vernichtungen des Gewerbevereins mißlungen. Da fandte man den eigebittelten Generalsekretär Franz Behrens ins Feindesland. Was em Brust nicht gelungen war, sollte Franz Behrens fertig bringen. Auf einer Konferenz in Wehdorf im Frühjahr 1906 wurde darüber eraten, ob ein friedliches Nebeneinanderarbeiten der beiden christlichen Verbände möglich sei. Natürlich ohne Erfolg, schrie das Organ des christlichen Sieger- andverbandes, weil Herr Behrens den bedingungslosen Anschluß unseres Verbandes an den christlichen Berg-

arbeiterverband verlangte und im Nichtsfall unsere Bekämpfung bis zur Vernichtung bräutest! Nach Lage der Sache war das eine erneute Abstoßung, die maß- und rücksichtslos zu nennen war.“ So das Siegener christliche Blatt. Wir sehen, der Gewerbeverein sucht mit seiner Behauptung gegen uns hinter dem Busch, wo er selbst gefressen hat.

Kassenverhältnisse im Bergarbeiterverband und Gewerbeverein.

Der Gewerbeverein macht die erfreulichsten Fortschritte, bei ihm herrscht musterhafte Ordnung, Disziplin und Sparsamkeit; im Bergarbeiterverband dagegen herrscht Disziplinlosigkeit und Anarchie. So lesen wir wieder im „Bergknappen“ und der Zentrumspreffe. Läßt man demgegenüber trodene Tatsachen reden, ergibt sich das gerade Gegenteil. So wagte es der Gewerbeverein nicht einmal, für die Monate Juli, August und September d. J. seine Abrechnungen zu veröffentlichen, um nicht seine „Stärke“ zu zeigen. Erst für Oktober wagte man wieder eine Abrechnung zu veröffentlichen, wonach 87.343 Mk. bei der Hauptkassa in Essen abgefleht wurden; 107 Zahlstellen haben nicht abgeliefert. Unser Verband vereinnahmte demgegenüber für den Monat Oktober an

Table with 3 columns: Category, 1900, 1901. Rows: Mitgliederbeiträgen, Extrabeiträgen, Summa.

Die Mehreinnahme gegen Oktober 1900 betrug danach 50.704 Mk. Die Einnahme des Verbandes überstieg die des Gewerbevereins um 114.997 Mk. oder 131,2 Prozent, an bloßen Mitgliederbeiträgen um 100,8 Prozent. Diese trodenen Zahlen zeigen, daß der Verband mehr als doppelt so stark ist, wie der „starke“ Gewerbeverein. Die Sparsamkeit und Disziplin im Gewerbeverein wird in ein drastisches Licht gestellt, wenn man die Zahl seiner reitierenden Zahlstellen der des Verbandes gegenüberstellt. Die Zahl derselben betrug:

Table with 3 columns: Bergarbeiterverband, 1900, 1901. Rows: November, Dezember, January, February, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, Summa, Durchschnitt.

Rechnet man für die fehlenden drei Monate die Zahlen der durchschnittlich reitierenden Zahlstellen hinzu, so ergibt sich, daß im Gewerbeverein in den angeführten 12 Monaten 1113 Zahlstellen reiterten. Da nun unser Verband seiner Einnahme entsprechend mehr als doppelt so stark ist wie der Gewerbeverein, so ergibt sich ein Verhältnis wie 1 zu 14, d. h. auf eine reitierende Verbandszahlstelle entfallen 14 reitende Gewerbevereinszahlstellen. Nicht im Verband, sondern im Gewerbeverein herrscht danach eine wilde Anarchie. Das erklärt auch, warum der Gewerbeverein für die Monate Juli, August und September keine Abrechnung veröffentlichte. Zu diesen Monaten war es besonders schlimm und das will man nicht zeigen, weil man dann eine noch größere Massenflucht der Mitglieder befürchtet.

Die Massenflucht der Mitglieder aus dem christlichen Gewerbeverein.

veranlaßt die Gewerbevereinsleitung zu allerhand verzweifeltten Kunststücken. In Gewerbevereinsversammlungen haben gewöhnlich nur noch Unorganisierte und Gewerbevereinsmitglieder Eintritt. Verbändler, die den Herren die Wahrheit sagen könnten, werden, wie in der Versammlung in Weidlinghausen-Süd, ausgewiesen. Wahrheit ist bitter für die Herrschaften, besonders in jetziger Zeit.

Ferner sucht man die Austritte der Gewerbevereinsmitglieder dadurch zu verhindern, indem die Ortsverwaltungen die Mitglieder s b h e r e i n b e h a l t e n. Daß die Gewerbevereinsmitglieder aufgefordert werden, nicht in die vom Verbands e i n b e r u f e n e n Versammlungen zu gehen, ist selbstverständlich.

Das sind die verzweifeltten Anstrengungen einer moralisch absterbenden Organisation!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Rindien-Gladbacher Erziehungssträhte.

Für den 18. Oktober hatte der Bergarbeiterverband in Dildweiler im Waesweiler Buzumrevier ein Lokal zu einer Versammlung gemietet, um zu der damals bevorstehenden Berggewerkschaftswahl Stellung nehmen zu können. Einige Tage vor der Versammlung erklärte der Wirt, daß er sein Lokal zu der Verbandsversammlung nicht hergeben könne. Er sei von Anhängern des christlichen Gewerbevereins angegangen, das Lokal zurückzugeben. Diese hätten ihm gesagt, wenn er dem Bergarbeiterverbande sein Lokal zur Verfügung stelle, so hätte er zu erwarten, daß alles kurz und klein geschlagen würde.

Christlicherseits wird die Richtigkeit der Behauptungen des Wirtes bestritten. Man weiß eben, daß sich solche Streiche nicht rechtfertigen lassen und anständige Menschen zum Fortlaufen aus den christlichen Gewerkschaften bringen. Wir haben keine Ursache, auch nur ein Wort von dem geschilderten Tatbestand zurückzunehmen und sind in der erfreulichen Lage, vor Gericht den Beweis erbringen zu können.

Ging das Lokal in Dildweiler infolge der Treibereien verloren, so gelang es doch dem Verbandsrat, in Waesweiler, einer bisherigen Hochburg der Rindien-Gladbacher, ein Lokal zu erhalten. Für diese Versammlung hatten die „Christen“ ihre Anhänger aus der ganzen Nachbarschaft zusammengemommen. Verbandskammerad Ludwigstraße glaubte eingangs seines Vortrages einiges über den Stand der Angelegenheit des Heinrichsbriefes mitteilen zu sollen. Kaum hatte er hierüber einige Worte fallen lassen, als ein echt christlicher Rindien-Gladbacher einsetzte. Ueber den Heinrichsbrief zu reden sei nicht angebracht, denn das seien — die Güter mögen den „Christen“ ihre Begriffsverwirrung verzeihen! — politische Angelegenheiten. Sie verlangten nicht mehr und nicht weniger, als daß der Redner über das sprechen solle, was die Christen erlaubten. Einer der „Scupthähne“ stellte sich direkt vor den Redner, als diesem gelungen war, sich einigermaßen Ruhe zu beschaffen, und schrie ihm ins Gesicht: „Du Ged, Du dumme Ged, ich erkläre Dich für einen ganz gemeinen gewöhnlichen Lügner und Verleumder!“ In Anbetracht des wüsten Verhaltens der „Christen“ erklärte Kamerad Aufderstraße, nicht weiter reden zu wollen. Er brach seinen Vortrag ab und verließ mit den Verbändlern das Lokal.

Am 15. Dezember fand vor dem Schöffengericht in Geilenkirchen das Nachspiel der Versammlungsvorgänge seine Erledigung. Kamerad Aufderstraße hatte den Hauptbeschädiger verklagt. Richter und Verklagter bemühten sich recht dringend, den Kläger zu einem Vergleich geneigt zu machen, worauf Kamerad Aufderstraße erklärte, daß er das Verhalten des Klägers in der Versammlung nur dann durch einen Vergleich erledigen lassen könne, wenn sich herausstelle, daß der Beklagte zu seinem Verhalten von seinen Freunden ermuntert sei. Verklagter also nicht aus eigenem Antriebe gehandelt habe. Nur in diesem Falle lege er wenig Wert darauf, den ersten von ihm verklagten „Christen“ beizutragen zu sehen. Er habe aber die Erfahrung machen müssen, daß seine bisherige Abneigung gegen die Klageren nur eine Vernehmung falscher und beleidigender Anschuldigungen im Gefolge gehabt habe und sei jezt gezwungen, mit Klagen sich weitere Beleidigungen vom Leibe zu halten. Er habe dem Verklagten zu seinem Vorgehen gar keinen Anlaß gegeben. Die „Christen“ hätten Redefreiheit gehabt. Auch sei nach den ihm gewordenen Mitteilungen der Mitarbeiter des christlichen Bezirksleiters Garisch als Gegenredner anwesend gewesen. Von einem Bemühen dieses Herrn, Ruhe zu stiften, sei ihm nichts bekannt geworden. Nach Lage der Dinge könne er nur an eine Aufmiegung der Leute glauben.

Das verklagte Gewerbevereinsmitglied bequente sich nur wieder Erreichung des Vergleichs zu dem Geständnis, daß die Gewerbevereins-

mitglieder zur Versammlung gegangen seien, um den Verband in Waesweiler nicht beschuldigen zu lassen. Nach diesem Eingeständnis kam ein Vergleich dahin zustande, daß der Beklagte die Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme und Abbitte leistete, sich ferner zur Tragung sämtlicher Kosten und zur Veröffentlichung des Vergleichs im „Bergknappen“ und in der „Bergarbeiter-Zeitung“ bereit erklärte.

Nach dem Geständnis des Gewerbevereinsmitgliedes war also der Zweck des Abtaues in der Versammlung der, den Verband in Waesweiler nicht beschuldigen zu lassen. Erreicht haben die „Christen“ das Gegenteil. Angewidert durch das Verhalten der Radaumacher, schlugen sich viele Unorganisierte auf die Seite des Verbandes und heute besitzt der Verband in dem Orte Waesweiler, in dem er früher nicht recht vorwärts kommen konnte, eine frisch aufblühende Zahlstelle. Die erste monatliche Abrechnung ergab schon eine Einnahme von 65 Mk. Hier haben die „Christen“ das Böse gewollt und das Gute geschafft, weshalb wir für die unfreiwillig dem Verbands durch den Tumult geleisteten Dienste unseren verbindlichen Dank abstatten.

Eins sei noch erwähnt. Der Bezirksleiter des christlichen Gewerbevereins erklärte in einer der Radauversammlungen folgenden Bergarbeiterversammlungen, nachdem er jedensfalls schon die Folgen des Verlustens seiner Mitglieder gesehen hatte, daß er das Verhalten seiner Mitglieder in Waesweiler mißbillige, er habe abgeraten, die Versammlung zu besuchen. Wenn das wahr wäre, wie kommt es denn, daß der ganze christliche Haerband aus der Umgegend in der Versammlung erscheint und dazu noch der Mitarbeiter des Herrn Garisch? Bitte Antwort! Hat Garisch denn bei seinen Mitgliedern nichts zu sagen? Auch einem Sekretär keine Anordnungen zu geben? Oder aber haben die Gewerbevereinsmitglieder keine Disziplin? Dann mag Garisch dahin wirken, daß seine Parolen besagt werden. Wenn das geschieht, dann, aber auch erst dann, hat er eine Verächtigung, über Disziplinlosigkeit in anderen Organisationen zu reden.

Saargebiet und Reichslande.

„Christliche“ Denunzianten.

Schon häufig haben wir uns mit einer Sorte „Christen“ befaßt müssen, die es mit ihren christlichen Grundsätzen vereinbaren können, ihre Mitmenschen in feiger hinterlistiger Weise zu denunzieren. Wir erinnern nur an Oberhausen, Meltinghausen usw. Auch im Saarrevier haben wir diese traurige Tatsache zu verzeichnen. Wiederholt haben wir das festgestellt können. Zuletzt wurde auch noch von der „Wälzischen Post“ festgenommen, daß Mitglieder unseres Verbandes von M. Gladbacher „Christen“ bei den statistischen Verwaltungen denunziert und daraufhin entlassen wurden. Darüber spielen der „Bergknappe“ vom 3. und die „Saarpost“ vom 6. Dezember Gift und Galle. Zunächst wird die Mahregelung „mehrere Vergleute“, welche sich für den Bergarbeiterverband befähigten“, mitgeteilt und gesagt:

„Für die armen, betörten Arbeiter ist das sehr zu bedauern. Sie sind ein Opfer des Klassenkampfes geworden, ohne daß sie vielleicht selbst schuld daran sind. Diese bedauerlichen Arbeiterentlassungen geben nun der roten Presse, allen voran der „Bergarbeiter-Zeitung“ und der „Wälzischen Post“, Veranlassung, christliche Gewerbevereinsleiter der Denunziation zu bezichtigen.“

Mit keinem Worte wird Kritik geübt an der Grubenverwaltung, die rücksichtslos und unarmherzig alle Familienväter aus Arbeit und Brot warf, weil sie von ihrem Konfessionsrecht Gebrauch machten, das die „Christen“ den Saarbergleuten angeblich „erkämpft“ haben. Im Gegenteil: die Schadenfreude merkt man zu gut und mit gut wachsenden Bedauern schreibt der Schlußsatz von den armen betörten Opfern des Klassenkampfes, die vielleicht nicht einmal an ihrer Mahregelung schuld seien. Dem gegenüber muß festgehalten werden, daß sämtliche jezt Gemahregelten jezt fünf Jahre dem „christlichen“ Gewerbeverein angehört und ihre Mitgliedsbücher aus freien Stücken abhieferten und zum Verbands übertraten mit der Motivierung: „Wir sind nun lange genug beschwindelt worden!“ Betört und beschwindelt haben sie die „Christen“, nicht der Verband, und irgend einen „Klassenkampf“ haben sie nicht geführt, nihil ist die demagogische Behauptung eine der bekannten Christenlügen.

Aber weiter heißt es dann in dem Artikel:

„Erlagen ist nämlich die Behauptung, daß christliche Gewerbevereinsleiter sozialdemokratische Gewerkschaftler denunziert haben. Ebenso ist es eine freche Lüge, zu der nur sozialdemokratische Blätter fähig sind, wenn behauptet wird, daß der Gewerbeverein sich nur durch Denunziation und Aufforderung zur Mahregelung fortzuleben könne. Wir fordern hiermit die sozialdemokratische „Bergarbeiter-Zeitung“ und die sozialdemokratische „Wälzische Post“ öffentlich auf, die Namen derjenigen Gewerbevereinsleiter zu nennen, welche sozialdemokratische Gewerkschaftler denunziert haben sollen oder zur Mahregelung solcher Kameraden aufforderten. Solange man die Namen der angeklagten Denunzianten nicht nennt und keine Beweise für solche niederträchtigen Behauptungen erbringt, bezeichnen wir diese neuesten sozialdemokratischen Lügen als das, was sie sind: als ganz gemeine, erbärmliche Verdächtigungen und Verleumdungen.“

Mit „heiligem“ Geopolter und „christlichem“ Geschimpfe kann man Tatsachen nicht aus der Welt schaffen, und da die öffentliche Auforderung an uns ergeht, müssen wir schon antworten, obwohl wir erst im „Christenbeleidigungsprozeß“ des Kameraden Peterich den endgültigen, unaufschubbaren Beweis erbringen. Als 1907 in Sulzbach eine kleine, harmlose Versammlung stattfand, wagten die „königlichen“ Vergleute Engel und Ferber einige Worte für die Einigkeit der Vergleute zu sprechen. Sofort brachte die christkatholische „Saarpost“ darüber einen Bericht, in dem die Ausführungen der „Sozialdemokraten“ Engel und Ferber lang und breit behandelt wurden! Eine Mahregelung erfolgte nicht gleich, aber dann kam die christkatholische „Saarpost“ immer wieder auf die Versammlung zurück, nannte immer wieder die „Genossen“ Engel und Ferber, bis endlich 6—8 Wochen später deren Mahregelung erfolgte, trotzdem Engel 27 Jahre auf Sulzbach gearbeitet hatte und Vater von neun kleinen Kindern war! Und bei seiner Ablegung bedauerte der Obersteiger, daß er die Ründigung aussprechen müsse, aber nachdem die beiden fortgesetzt durch die Zeitungen geschleppt wurden, habe die Generaldirektion die Kündigung angeordnet! Ferber ist niemals Sozialdemokrat gewesen, heute noch nicht, seine und Engels Ablegung erfolgte wegen der Denunziation durch die christkatholische „Saarpost“! Im Februar 1908 erklärten in Wiedelsstraße 36 Mitglieder des „christlichen“ Gewerbevereins ihren Austritt, und wenige Tage nachher mußten sich sämtliche 36 auf dem Bureau des Obersteigers Rämmert melden, der ihnen mitteilte, daß ein Schreiben bei der Inspektion eingelaufen sei, in dem mitgeteilt wurde, sie seien dem Bergarbeiterverbande beigetreten! Zu Wirklichkeit waren von den 36 nur etwa 16—18 dem Verbands beigetreten, die anderen hatten an den „Christen“ einen solchen Ekel bekommen, daß sie sich keiner Organisation mehr anschließen wollten. Wir nahmen damals an, die Polizeiverwaltung habe dieses Schreiben eingesehen und schlußfolgernd das daraus, die Christen hätten die 36 bei der Polizei abgemeldet, diese habe dann geglaubt, die Leute seien übergetreten. Später erfuhr wir, daß eine Abmeldung der Denunzierten nicht erfolgt, das neue Vereinsgesetz in Kraft trat, ohne daß vorher auch nur einer abgemeldet wurde und heute pflegen es in Wiedelskirchen die Späßen von den Dämonen, wer jenen Judas- und Schurkenstreich verübt! Im Peterich-Prozeß wird Herr Rämmert bezeugen, was jeder Mensch weiß, nur die christkatholische „Saarpost“ und der „Bergknappe“ nicht. Ebenso wird Herr Obersteiger Groß mitteilen, wer die Erbacher Versammlungsbefücher auf Geube Dechen denunziert hat. Und den jezt Versammlungsbefücher auf Geube Dechen denunziert hat, brachte die christkatholische „Saarpost“ einen Artikel, in dem es heißt, Kamerad Tiefensee („christlicher“ Vertrauensmann) widerlegte die Behauptungen des hiesigen Genossen Fr. Baum, obwohl der Kamerad Baum in jener Versammlung kein Wort gesprochen hatte! Baum fandte der christkatholischen „Saarpost“ eine Verächtigung, in welcher er unter Bezugnahme auf das Preßgesetz herbeizog mitteilte, daß er gar nicht geäußert habe und auch kein Sozialdemokrat sei! Die „Saarpost“ unterfahlg nach „Saarpost“-Moral diese Verächtigung, aber dafür wurde Baum bei seiner Mahregelung vom Inspektor Lowski erklärt: „Sie waren schon lange reif zur Ablegung, denn hätten wir genoußt, daß Sie auf Duldweiler arbeiteten, hätten wir Sie schon abgelegt, als Ihr Name in der Zeitung stand!“ Also die direkte Verächtigung, daß die Mahregelung auf Grund der „christlichen“ Denunziation erfolgt ist! Leute, die zum Streikführer auffordern, sind zu Denunziationen und noch größeren Schurkenstreichen fähig.

Noch deutlichere Beweise werden später gegeben werden. Nur keine Angst, die Abrechnung bleibt nicht aus!

